

Christ und Sozialist

Blätter der Gemeinschaft
für Christentum und Sozialismus
Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands

2/II. Vierteljahr 1977

Inhalt

Fritz Hufendiek:

Was ist ein Mensch wert? Predigt anlässlich einer Taufe

Reinhard Gaede:

Religiöser Sozialismus. Christliche Theorie und Praxis im Zeitalter des Massenelends und zweier Weltkriege

Günter Küppers:

Sonnenenergie – ein Ausweg aus der Krise?

Walter Grudszus:

Berufsverbot

Günter Ewald:

Faust und Traube – zwei deutsche Fälle. Über demokratische Rechte und Freiheiten

Günter Ewald:

Koje im Kirchentag

Aurel von Jüchen:

Brief an Günter Ewald und die Bochumer Gruppe

Bundesnachrichten:

Bericht über die Mitgliederversammlung. Tagung in Bergisch-Gladbach

Adressen der Autoren und der Redakteure

Herausgegeben vom Geschäftsführenden Präsidium der Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus. Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands.

Redaktion: Günter Ewald, Jürgen Finnern, Gerrit Funke, Reinhard Gaede, Walter Grudszus, Siegfried Katterle (verantw.), Heinz Röhr, Bruno Schmidt.
Redaktionsadresse: Eisenstr. 6, 4800 Bielefeld 14, Tel. 0521/443045.

Versand: Jürgen Finnern, Jakob-Kaiser-Str. 4a, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/100937.
Bezugspreis jährlich DM 15,- zuzüglich Versandkosten.
Erscheint vierteljährlich.

Fritz Hufendiek

Was ist ein Mensch wert? Predigt anlässlich einer Taufe

*Wisset, daß ihr nicht mit vergänglichem Silber oder Gold erlöst seid von eurem eitlen Wandel nach der Väter Weise, sondern mit dem teuren Blut Christi als eines unschuldigen und unbefleckten Lammes.
(1. Petrus 1, 18–19)*

In einer Studie über die Geschichte der schwarzen Menschen in den USA fand ich folgende Schilderung. Im 18. Jahrhundert hatten viele weiße Sklavenhalter im Süden durchaus Interesse daran, daß ihre schwarzen Sklaven von christlichen Missionaren bekehrt würden. Die Herren wollten, daß den Arbeitern die Tugenden des Gehorsams, der Ergebung, der Unterordnung vermittelt würden. Zu eigenem Nutzen. Denn mit frommen Leuten war besser umzugehen als mit unberechenbaren Menschen. Ein Missionar der Schwarzen aus Nordkarolina schreibt dann verzweifelt: Die Neger nähmen die Bibel allzu wörtlich; sie wollten ihre Kinder aus der Sklaverei befreien. Offenbar lasen und hörten sie ganz anders als ihre Herren. Auch sonst gibt es das, daß Afrikaner und Europäer, Arme und Reiche die Bibel ganz verschieden lesen. So als wären es zwei Bücher und nicht eines.

Als dann später die Sklaverei aufgehoben wurde, ist vielen Pflanzern in den Kolonien klar geworden, daß biblische Texte eine revolutionierende, d. h. umwälzende Kraft haben können. Sie ahnten, daß Bekehrung der Menschen und Taufe unmittelbar zu tun haben mit Würde und Freiheit. „Ihr seid das auserwählte Geschlecht, das königliche Priestertum, das heilige Volk . . .“ So redete aber schon der Petrusbrief. Angeredet wurden: Getaufte Sklaven, Kinder, Witwen, Kranke. Sie bekommen die Titel: Heilige, Könige, Priester. Dies auch als Titel für Sklaven? Erwählter Missionar aus Südkarolina beklagte sich, er könne den Pflanzern den Unterschied zwischen Negern, freien Indianern und Tieren nur schwer begreiflich machen. Eine Pflanznerfrau fragte ihn: „Wäre es möglich, daß einige meiner Sklaven in den Himmel kommen, und ich muß ihnen dort begegnen?“ Dieser Missionar konnte nur erfolgreich arbeiten, wenn die weißen Herren ihm keine Schwierigkeiten machten. So gab er nach und ließ die Neger eine feierliche Erklärung abgeben, daß sie aus der Taufe nicht etwa das Recht der Freiheit ableiteten. Diese Haltung wurde von der Kirche im Mutterland übernommen und von der Kolonialregierung bestätigt.

An diesem Beispiel begreifen wir die einstige Bedeutung der Taufe. Sie bestätigt und verbrieft, was Christus uns geschickt hat: königliche Freiheit, priesterliche Heiligkeit, Leben als Volk göttlichen Eigentums. Früher wurde Pferden des königlichen Hofes ein Stempel eingebrannt: eine Krone. Das war ein Zeichen: dies ist Eigentum des Königs, respektiert es! So wird die Taufe zu einem Zeichen: Volk seines Eigentums, königliches Priestertum. Die würdigsten Titel sind gerade gut genug, um die neuerworbene Würde zu bekunden. Vielen wurde dann klar: Die eingebrannten Zeichen der Sklaverei, die man den Schwarzen unter Schmerzen in die Haut geätzt hatte, sind für Christen eigentlich eine Unmöglichkeit. Kierkegaard sagt über die Urgemeinde: Niemals in der gesamten Weltgeschichte hat eine Gruppe von Menschen den Kopf höher getragen als diese ersten Christen.

In Daressalam sah ich im vorigen Jahr im Museum die schönsten Papierstücke, die ich kenne. Freibriefe für schwarze Sklaven. Christen der Herrnhuter Mission hatten 100000 Mark zusammengetragen, um viele Schwarze aus der Sklaverei freizukaufen. Menschen, die gezwungen worden waren, ihre Haut zum Markt zu tragen, wurden von ihren Brüdern und Schwestern, die Christen waren, losgekauft. Heiliges Volk und königliches Priestertum – diese Freiheit sollte man auch sehen können.

Wer das versteht, versteht auch das Größere: „Ihr wißt, daß ihr nicht mit vergänglichem Silber oder Gold erlöst seid, sondern mit dem teuren Blut Jesu“, sagt der Petrusbrief. Auf dem Markt wird man taxiert, man hat seinen Marktwert. Aber vor Christus kann mit Geld nicht mehr gemessen werden. Das Geld, das Zaubermittel, das Herren und Knechte, Reiche und Arme, Völker und Rassen trennt, wird außer Kraft gesetzt. Das ist die wahre Befreiung, gegen die der Freikauf eines Sklaven nur ein schwacher Abglanz ist. „Gold und Silber haben wir nicht“, sagen die Apostel vor dem Tempel einem Bettler, „aber im Namen Jesu stehe auf!“ Die unvergleichliche Würde des Geschöpfes wird nirgendwo so tief verankert, so unvergeßlich eingepägt, als dort, wo sie nicht mehr von Geld und Macht abhängt, sondern von dem Freibrief Christi. Daran sollen wir denken, wenn wir sehen, daß Menschen entwürdigt werden, wie eine Ware behandelt werden oder als Untaugliche liegen gelassen werden.

Was ist ein Mensch wert? Nichts – müßte man sagen, wenn man an das Massensterben im Krieg denkt. Damals war von Menschenmaterial die Rede. Und wer wie wir das Metall noch im Leibe hat, der wird an die Verhältnisse damals erinnert. Was ist ein Mensch wert? Der Dichter Willy Kramp berichtet von einem Erlebnis in seiner russischen Kriegsgefangenschaft: Kriegsgefangene arbeiten an einer Straße, ausgehungert, verbittert, voller Haß gegen ihre Sklavenhalter. Aber auch untereinander voller Haß und Konkurrenzneid um das wenige Brot. In diesen grauen Elendsfiguren scheint Menschlichkeit erstorben. Da kommt ein Lastwagen in rasender Fahrt heran, ein spielendes Kind droht von ihm überfahren zu werden. Im

Nu stürzt sich eine Gruppe Plennies auf das Kind, um es vor dem sicheren Tod zu retten. Unter eigener Lebensgefahr haben sie es gerettet. Kräfte der Menschlichkeit waren wieder frei geworden. Es wurde bezeugt, was ein Mensch wert ist – alles, was man aufbieten kann.

Wollen wir wissen, was wir wert sind, dann sehen wir nicht auf Leistung, Vermögen, Rang, Ansehen. Die Bibel lenkt unsere ganze Aufmerksamkeit auf Gottes Tat. Auf sein Blutopfer. Nach der Vorstellung der Alten war Blut der Sitz des Lebens. Blutzoll, Blutopfer bringen, hieß: Sein Leben einsetzen. Es ist die Sprache der Liebe, die hier spricht. „Sein Sohn ist ihm nicht zu teuer, nein er gibt ihn für mich hin“, singt die Gemeinde im Choral. In dem Tod Jesu haben wir den Beweis: Das also bin ich ihm wert, soviel bedeuten wir Menschen Gott, daß er, Christus, sein Leben hingab. Was ist ein Mensch wert? Nicht mit Gold oder Silber . . . In keiner Währung meßbar. Schau auf Christus und seinen Tod. Im Blick auf ihn erfährst du die fremde Würde, die allen zuteil wird. So sollst du auch deine Brüder ansehen und deine Schwestern achten, gleich welcher Hautfarbe, welchen Standes sie sein mögen. Denn Gott kennt kein Ansehen der Person, sagt die Bibel.

Wer von diesem Wert des Menschen und seiner Würde vor Gott weiß, ist immun gegen Binsentorheiten. Nach dem Krieg wußten wir noch, was Familie, Freundschaft bedeutet. Dann kam der Wohlstand, und das Geld hat viele einander entfremdet. Weil geschätzt wurde: Was hat der, was kann der? Wir gewinnen Verlorenes, wenn wir uns an Christi Siegel vom Wert des Menschen wieder erinnern. Im Wahlkampf erklärte eine Sängerin, sie singe für jede Partei, „Hauptsache die Gage stimmt“. Wer sich so verkauft, nicht bereit ist, sich selbst in Verantwortung für sich und seine Mitmenschen eine Meinung zu bilden, handelt unwürdig.

Christen sind nach den Worten des Petrusbriefs erlöst vom eitlen Wandel, immun gegen die Zauberkraft von Silber und Gold. Christen sind nicht käuflich, nicht bestechlich. Sie sind kritisch gegen Allmachtsgehabe. Sie lernen, den Aufstand gegen alles zu tragen, was menschliche Beziehungen wie Waren behandelt und käuflich macht. So werden sie Verteidiger des Glücks, der Liebe.

Das entscheidende ist, was der Petrusbrief an zehn Stellen den Empfängern einschärft: Gnade, gratia. Sie wird euch umsonst, gratis geboten. Setzt eure Hoffnung ganz auf die Gnade, die euch dargeboten wird in der Offenbarung Jesu Christi.

Religiöser Sozialismus: Christliche Theorie und Praxis im Zeitalter des Massenelends und zweier Weltkriege *

I. Die Reformation als Revolution und der anti-revolutionäre Geist der Staatskirche des 19. Jahrhunderts

Mit Recht hat der Philosoph Eugen Rosenstock-Huussy die Reformation Martin Luthers zu den großen Revolutionen der Weltgeschichte gerechnet. In diesen Jahren 1517–1525 wurde der status quo der spätmittelalterlichen Gesellschaft und Kirche erschüttert. In seiner Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ hat Luther die in Christus gegründete *Freiheit des Menschen neu entdeckt*, die Freiheit des Menschen, der niemals Sklave von Menschen werden darf. Und diese Freiheit sollte so ausgerichtet sein, daß sie *als Bereitschaft zum Dienst an Mitmenschen verstanden* werden konnte. Titel wie Priester, Bischof, Papst spricht Luther allen Getauften zu und hat damit die kirchliche Autorität auf die Gemeinde verlagert. Auch die mittelalterliche Überordnung des geistlichen über den weltlichen Stand hat Luther durchbrochen. Nur so konnte er als „Doktor der Heiligen Schrift“ unmittelbar zu politischen Problemen Stellung nehmen.

Mehrere Entwicklungen bewirkten, daß die revolutionäre Dynamik der Reformation verloren ging.

1. Politische und ökonomische

a) Die Revolution der von den Feudalherren niedergehaltenen Bauern, die sich auf die Erkenntnisse Luthers beriefen, wurde im Blut erstickt. Die Bewegung Luthers' verlor an Rückhalt.

b) Ein freies evangelisches Bischofsamt entstand nicht. Man suchte Schutz bei Landesfürsten. Mit der Ausbildung von Territorialstaaten entstand das landesherrliche Kirchenregiment.

2. Ideenpolitische

a) Luthers Drei-Stände-Lehre (status oeconomicus: Ehe, Ackerbau, Handwerk; status politicus; status ecclesiasticus) hatte die Aufgaben noch gleichrangig gesehen, weil jede der drei „Erzgewalten“ als solche auf Gott und seine Kirche bezogen war. Später aber wurden die Grenzen scharf gezogen und *eine Rangordnung der Stände konstruiert* mit festen Rollen. Und noch schärfer wurden die Grenzen gezogen, als man die Stände auf die beiden Regimente Gottes bezog.

* Vortrag am 25. April 1976 vor der Männerarbeit der Ev. Kirche von Westfalen in Haus Reineberg und am 7. November 1976 im Kohlenkeller-Klub, Bochum, Aeskulapweg.

b) Dabei sollte die *Lehre von den beiden Regimenten Gottes* nur Gottes einheitlich geordnetes Handeln als Schöpfer und Erlöser beschreiben. *Das weltliche Handeln Gottes* fördert die Ordnung und Erhaltung des zeitlich-irdischen Lebens der Menschen. In Grund-Ordnungen (Ehe, Familie, Beruf, Volk, Staat, Wirtschaft, Kultur usw.) wendet sich Gott durch sein Gesetz an die Menschen und ruft sie so zu verantwortlichem Handeln. *Im geistlichen Regiment* handelt Gott durch sein Evangelium, das zur Erlösung und Versöhnung von Welt und Mensch dient (jener Welt und des Menschen, die das weltliche Regiment durch das Gesetz Gottes eben für die Erlösung bewahrt). Diese *Lehre von den beiden Regimenten Gottes* wurde im Neuluthertum *verkehrt zu der Lehre von der Eigengesetzlichkeit weltlicher Bereiche*. In Fragen der Wirtschaft, in Fragen von Krieg und Frieden usw. könne der Christ nicht eingreifen, sondern habe sich mit dem sogenannten „reinen Evangelium“ zu beschäftigen. *Bei Luther dagegen ging es um die Befreiung zu vernünftigem Handeln in der Gesellschaft* gerade durch den Impuls christlicher Liebe. Die Verkehrung der Lehre Luthers hat den christlichen Glauben auf Privatangelegenheiten beschränkt und hat so *Luthers Aufruf zu politisch-sozialer Aktivität totgeschwiegen*. So finden wir die Kirche des 19. Jahrhunderts organisiert als *Staatskirchen* (Landesherr als Bischof), als *Pastorenkirchen* („Laien“ hatten weder genügend Rechte gegenüber den Kirchenregierungen, noch Entfaltungsmöglichkeiten gegenüber Pastoren; die Pastoren waren in vielfältiger Weise mit staatstragenden Kräften verbunden, ja von ihnen abhängig). Mit einem restaurativen Staats- und Gesellschaftsdenken seit 1815 (Karlsbader Beschlüsse 1819) verbündete sich die Orthodoxie. Einer der einflußreichsten Theoretiker bis zur Jahrhundertwende wurde *Friedrich Julius Stahl*: „Nur das Christentum vermag noch die gesellschaftlichen Ordnungen zu verbürgen, nachdem die Fundamente desselben Königtum, Eigentum, Ehe schon von der großen Volksmasse... in Frage gestellt werden. Nur der christliche Sinn hat die freudige Hingabe an den König, den Gott uns gesetzt, an die Ehe, die Gott verbunden, an den Beruf, den Gott uns angewiesen, an die Güterverteilung, die Gott gefügt hat.“ Zusammengefaßt: „Wo die Revolution ist, da ist auch das christliche Zeugnis wider die Revolution“ (Was ist Revolution, 1862). Diese Vorstellungen von der Revolution als einer gottwidrigen Auflösung geheiligter Ordnungen hat *jedes Verständnis für sozialistische Strömungen ausgeschlossen* ebenso wie das Verständnis für den mit der bürgerlichen Revolution verbundenen demokratischen Liberalismus.

II. Christliche Demokraten und Sozialisten im 19. Jahrhundert

Theologen, die sich positiv zur bürgerlichen Revolution von 1848 stellten, lassen sich an den Fingern abzählen. Etwa der Rostocker Theologieprofessor *Michael Baumgarten*: „Ich hatte längst erkannt und auch offen ausgesprochen, daß der christliche Staat keine Wahrheit hatte... ich sah

in den großen Erschütterungen ein Gottesgericht, aber nicht zum Verderben, sondern zu neuem Leben.“ Er wurde entlassen. Oder Oberpfarrer *Gustav Schweitzer* in Kemmen bei Berlin sah in der Revolution „ein Ereignis in Gottes Hand, eine Erschütterung und Tat, nicht eines einzelnen, sondern des Volkes, damit das Recht frei werde, das gebunden war durch selbstsüchtige Institutionen.“ (W. Brendiek: Zum Engagement progressiver Theologen in der bürgerlichen Revolution 1848, in: Tradition und Verpflichtung. Zum Profil des sozialistischen Staatsbürgers christlichen Glaubens, Berlin 1973, S. 31).

In solchen Stimmen am Rand der Kirche spricht sich ein Verständnis für die soziale Frage und die Sache der Demokratie aus. Es verstärkte sich gegen Ende des Jahrhunderts im Evangelisch-Sozialen Kongreß (*Friedrich Naumann u. a.*) und in der konservativen Kirchlich-Sozialen Konferenz (*Adolf Stöcker*). Freilich, ein Begründer der kirchlichen karitativen Arbeit wie *Johann Hinrich Wichern*, der doch erkannte, daß neben einer „natürlichen“ Armut eine neue Form der Armut, die „künstliche Armut“, das proletarische Schicksal aufgekommen war, begnügte sich mit der Forderung der sozialen Reform durch die Organe des Staates. Im Kommunismus sah er einen Bund aus „äußerster Not und Sünde“ am Werke. Und Naumann hatte weder bei Wahlen größeren Erfolg, noch konnte er seinen ersten Grundsätzen („Arbeiterkatechismus oder wahrer Sozialismus, seinen arbeitenden Brüdern dargebracht“, 1888) treu bleiben.

Sucht man nach Theologen, die überhaupt einen Dialog mit der sozialistischen Bewegung versucht haben, findet man nur *Rudolf Todt*. Er war der erste, der das sozialistische Schrifttum gelesen und in seinem Zusammenhang verstanden hatte, der auch die Unterschiede der sozialistischen Systeme kannte. Sein Grundsatz war: „Wer die soziale Frage verstehen und zu ihrer Lösung beitragen will, muß in der Rechten die Nationalökonomie, in der Linken die wissenschaftliche Literatur der Sozialisten und vor sich aufgeschlagen das Neue Testament haben. Fehlt einer dieser drei Faktoren, so fällt die Lösung schief aus.“ (G. Brakelmann: Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts, 4. Aufl., Witten 1964, S. 152).

Dabei war Todt nicht der einzige Christ, der die soziale Frage im Licht des Evangeliums sehen wollte. Außer diesem Brückenschlag von der Theologie finden wir unter den Sozialisten des 19. Jahrhunderts ernste Christen, die sich mit der Verweigerung der offiziellen Kirche nicht zufrieden gaben. Gerade der soziale Protest der Frühsozialisten, die Kritik am Privateigentum übten und die Selbsthilfe der Arbeiter organisieren wollten, wurde auch im Namen der Religion vorgetragen. Zu nennen sind besonders: *Henri Graf Saint-Simon*, „Neues Christentum“ (1823): „Die Menschen sollen sich gegenseitig als Brüder behandeln.“ Die Kirche soll von Männern geführt werden, die „zur Vermehrung des Wohlergehens der ärmsten Klasse“ beitragen. Der Priester *Robert de Lamennais* sagte sich in den „Worten eines

Gläubigen“ (1834) von der reaktionären Kirche los, um ein mit Demokratie verbundenes Christentum zu verkünden. Nicht mit den Reichen, sondern mit den Armen müsse sich die Kirche verbünden. Der Schneidergeselle *Wilh. Weitling* schrieb das „Evangelium eines armen Sünders“ (1843). Es beginnt: „Arme Sünder und Sünderinnen! Dies Evangelium ist für euch, machet daraus ein Evangelium der Freiheit.“ In England gaben *Frederick Denison Maurice* und der Dichterpfarrer *Charles Kingsley* die Zeitung „Der Christliche Sozialist“ heraus. In England verlief die Entwicklung deshalb anders, weil der Liberalismus eine starke sozialpolitisch tätige Fraktion um den Philosophen und Nationalökonom *John Stuart Mill* hatte und weil die Freikirchen in Opposition zum Staatskirchentum getreu der Tradition vom Priestertum aller Gläubigen auch Arbeiter und ärmere Bürger aufnahmen. In verschiedenen Kirchen predigten sozialistische Politiker.

III. Die Katastrophe des Weltkrieges und die Antwort des Religiösen Sozialismus

1. Die Besinnung über dem Zusammenbruch

a) Verweigerter Buße der Kirche

Der deutsche Protestantismus wurde von dem Zusammenbruch der Wehrmacht, dem Ausbruch der Revolution, diesen Ereignissen seit dem Herbst 1918 nahezu völlig überrascht. Zur Zeit, als General Ludendorff nach dem Zusammenbruch der Front in Bulgarien am 29. September Verhandlungen forderte, herrschte im bürgerlichen Protestantismus noch Siegeszuversicht. Bis zum Waffenstillstandsgesuch hatte die größte volksskirchliche Organisation, der Evangelische Bund, noch das ganze Volk auf die Schanzen rufen wollen. Insgesamt – so urteilte der Generalsuperintendent und Prof. f. Prakt. Theologie *Martin Schian* – hatte die Kirche ihre Glieder bis zum Ende in der Notwendigkeit des Kampfes bestärkt. Sie habe nur die Sache des deutschen Volks zu ihrer eigenen gemacht. Zwei Grundüberzeugungen waren es, die der Kirche den Weg der Selbstkritik und des Neuanfangs versperrten: Einmal die Berufung auf den Geist von 1914, auf jene Begeisterung zum Kriegsausbruch, als die vorher leeren Kirchen sich füllten und aller innenpolitische Streit vergessen schien. Man forderte das Wiedererwachen dieses Geistes. Sodann die Überzeugung, die Revolution sei ein Dolchstoß in den Rücken des Heeres gewesen. Nur wenige protestantische Demokraten sahen das anders. *Ernst Troeltsch*, Prof. f. Theologie und Philosophie, gab am 16. November 1918 einer Epoche den Abschied unter der Überschrift: „Das Ende des Militarismus“: „Das Ende ist da... Aus dem militärischen Zusammenbruch ergab sich der Zusammenbruch auch des längst unterhöhlten politischen Systems... Nachdem unsere herrschenden Schichten es verschmäht hatten, den unvermeidlichen Folgen eines radikalisierten Massenkrieges durch demokratische Reformen rechtzeitig vorzubeugen und auf der Höhe militärischer Siege

einen Frieden großer Mäßigung zu schließen, war wenig Hoffnung mehr . . . Es ist eine Tragödie des Heroismus und der Kühnheit, aber auch deutschen Eigensinns und Trotzes, deutscher Weltkenntnis und theoretischer Verantheit, wobei Leichtsinn und Oberflächlichkeit, Eitelkeit und Habgier eine nicht ganz geringe Rolle spielten.“

b) Die Erkenntnis des strukturell Bösen

Dieser ganze Zusammenbruch des Obrigkeitsstaates, die Zerstörung des Bundes Thron und Altar, die geistige Katastrophe eines Kulturoptimismus, das Grauen der Materialschlachten, all das waren *Erscheinungen einer neuen Fragesituation*. Eine Minderheit in der Kirche, die religiösen Sozialisten, verbündet mit radikal-demokratischen Protestanten, sah in diesen Erscheinungen das Gericht Gottes über eine alte Gesellschaft. Sie sah – mit einem Wort *Friedrich Niebergalls* – Gott im Sturm der Zeiten, der zerbricht, was morsch und verkommen ist und zum Neuwerden drängt. Den Krieg konnte man nicht begreifen als etwas Gottgewolltes im Bewußtsein einer deutschen Sendung – so die protestantische Kriegspredigt –, sondern man sah im Krieg die rasenden Geister des Bösen, die in ihrem furchtbaren Zusammenprall ihren ganzen Wahnsinn erweisen. So alle Theologen des Religiösen Sozialismus, zu denen damals auch *Karl Barth* gehörte.

Barth gab schon im Krieg die Antwort auf die Frage nach Gottes Willen. Gott will, daß der nationale Egoismus sich selbst zum Gericht werde, so wie Paulus Röm. 1, 24 ff., 8, 28 über den Zorn Gottes spricht. Wenn Gott richtet, überläßt er die Menschen sich und ihren Leidenschaften. Wo Gott während des Weltkrieges war? Er hat nach Menschen Ausschau gehalten, die im Toben des Bösen noch seinen Willen taten, der Liebe ist. So *Georg Fleming* vom Neuwerkkreis. Der Neuwerkkreis, demokratisch oder sozialistisch gesinnt, wurde eine der Keimzellen des Internationalen Versöhnungsbundes.

Was war das alte System dagegen? Es war eine „organisierte Ungerechtigkeit“ (*Otto Herpel*). Diese organisierte Ungerechtigkeit hatte die Erlösten, die aus der Kraft Christi die Sünde überwinden sollten, zur Sünde gezwungen. Und daraus folgte eine theologische Erkenntnis der religiösen Sozialisten: Bisher hatte man auf Puppensünden geachtet. Man muß aber *sehen*, daß das Böse auch in den Strukturen sitzen kann. Es gibt das strukturell Böse. So *Leonhard Ragaz* und *Paul Tillich*. Mammonismus und Molochdienst, das sind, theologisch gesprochen, die Formen des Götzendienstes, dem die Menschen nachgehen.

Um das strukturell Böse aber durch Analysen zu entlarven, haben sich die religiösen Sozialisten marxistischer Begriffe bedient. L. Ragaz: „Der Kapitalismus ist die Weltreichform des Mammonismus.“ „Der Mensch gilt genauso viel, als er als Produktionsmittel taugt, der Mensch ist Mittel, um damit Profit zu machen.“ (L. Ragaz, *Neue Wege* 1907). Daraus folgt der

Kampf aller gegen alle. Kampf der Klassen. Die großen Unternehmen fressen die kleinen. Und wo bleibt die Kirche? Wer sitzt denn in unsern kirchlichen Behörden? – so fragte Ragaz 1929. Der „bürgerliche Mittelstand, der Kaufmann, der Bankier, der Oberst, der Sekundarlehrer, nur ganz ausnahmsweise ein ‚Renommiertes‘ (Angehörige der mittleren und unteren Beamten, Arbeiter und Bauern waren in den Regierungen der deutschen evangelischen Landeskirchen überhaupt nicht vertreten, R. G.). . . . Was Wunder, daß man in solchen Behörden vor den großen Streitfragen . . . mit entschlossener Angst vorübergeht. . . . Man redet von der Veränderung der Gebetbücher oder einer neuen Bibelübersetzung, während draußen in den blutigen Flammen des Völkrieges und des sozialen Bürgerkrieges das Weltgericht aufglüht.“ (L. Ragaz: *Von Christus zu Marx – von Marx zu Christus* 1929, Nachdruck *Stundenbuch* 105, Hamburg 1972, S. 173).

Mit dem Kapitalismus – so Ragaz – verbunden ist die Gewalt als Glaubensersatz, der Militarismus. Weil der übersteigerte Nationalismus auf Ausweitung, auf Besitz und Macht über die Welt drängt. Unter diesem Gesichtspunkt hat Ragaz den Bolschewismus scharf verurteilt. Und natürlich den Faschismus: „Wie kann sich ein Jünger Christi zu einem Rassenhochmut bekennen, der die Mitmenschen anderer Völker oder Rassen von aller höheren Kultur ausschließt, im besonderen zu der geistverlassenen Rohheit des üblichen Antisemitismus, wenn noch das Apostelwort gilt: ‚Da ist nicht Jude noch Grieche, nicht Knecht noch Freier, nicht Mann noch Weib, sondern sie sind alle Eins in Christus Jesus‘? . . . Erwachet, die Ihr euch durch den nationalistischen Trug und Rausch habt verblenden lassen, werdet des Abgrunds gewahr vor dem Ihr steht; erwacht zur Wahrheit Christi; kehret von Cäsar und Wotan zu Christus, vom Lektorenbündel zur Dornenkrone des Menschensohnes und vom Hakenkreuz zum wirklichen Kreuz zurück, dem allein der Sieg über die Welt verheißen ist.“ (Christentum und Faschismus sind unvereinbar! Ein Wort der religiös-sozialistischen Internationale an die europäische Christenheit 1930, Nachdruck in: *Der Glaube der religiösen Sozialisten*, Hrsg. W. Deresch, Furche-Verlag, Hamburg 1972, S. 209ff.).

2. Die Botschaft vom Reich Gottes

Die Religiösen Sozialisten hatten eine Erkenntnis gewonnen: Eigentlich tun die Sozialisten mit ihrem Kampf gegen Systeme der Vernichtungswaffen und Strukturen der Ausbeutung das, was Christen tun sollten. Insofern diese Sozialisten Atheisten waren, sind zwei Hälften einer Wahrheit auseinandergefallen, die eigentlich zusammengehörten, und ungerechtfertigterweise verteilt auf die Geistesmächte *Christentum und Sozialismus*: „Die Tragik unserer geschichtlichen Entwicklung besteht darin, daß in ihr zwei Linien auseinanderlaufen, die Linie derer, die an Gott glauben, aber nicht an sein Reich auf Erden, und die Linie derer, die an das Reich Gottes

glauben, aber nicht an Gott.“ (Von Christus zu Marx – von Marx zu Christus, S. 16). So Ragaz seit 1923. Vom Reich Gottes ist ja die Rede, wenn von Gottes Verheißungen die Rede ist: Friede, Freude, Freiheit, Gerechtigkeit, ewiges Leben.

Und von diesem Reich gilt: „Es ist nicht von dieser Welt, aber es ist für diese Welt.“ Ein wertvolles Gliederungsprinzip für unsere Theologie noch heute. Nicht von dieser Welt: Auch unsere Hoffnungen sind gebunden an unsere Endlichkeit, unser begrenztes Wissen. Sie sind relativ. Sie müssen gemessen werden am Absoluten, an der Vollkommenheit des Reiches Gottes. Nie haben die religiösen Sozialisten behauptet, sozialistische Errungenschaften seien das Reich Gottes, wie es konservative Theologen unterstellt haben. Aber eben doch für die Welt. Man soll nicht immer von Sünde und Gnade reden in der Weise, daß alle Katzen grau werden und jede Unterschiedlichkeit ‚bessere oder schlechtere Verhältnisse‘ wieder aufgehoben wird. Sondern es gibt „Vorbereitungen, Weissagungen, Anstrengungen auf das Höchste hin“. Man soll – so K. Barth, als er den religiösen Sozialisten wieder näherkam – „*Demonstrationen für das Reich Gottes machen*“. Auch ist die Hoffnung nicht ein Stand der Untätigkeit, sondern es geht um den Menschen als Gottes Mitarbeiter (1. Kor. 3, 9). Beides ist richtig: Gott handelt alleine. Aber er will in der Geschichte auch nichts tun ohne uns. Schon einige Menschen können die Welt dem Frieden näherbringen. Aber nichts geschieht, wenn Gott nicht seinen Geist wehen läßt (so Ragaz 1929).

Die religiösen Sozialisten haben mit dieser Reich Gottes-Theologie den biblischen Gedanken von der Nähe Gottes wiedergefunden. Sie haben das Treiben vieler entlarvt, die sagen, sie glaubten an Gott, *die aber in Wirklichkeit nur an die bestehenden Verhältnisse glauben*. Und indem die religiösen Sozialisten die Praxis christlicher Hoffnung für die Armen wiederentdeckten, haben sie die Religionskritik von Karl Marx überboten. Marx hat Recht. *Religion darf nicht Opium sein*. Aber die wahre Religion ist auch nicht Opium: „Der Gott der Bibel . . . der Gott Jesu Christi, der lebendige Gott . . . greift in die Welt ein. Er sanktioniert und verklärt nicht die Welt, sondern richtet und erlöst sie. *Er verändert sie*. Er ist die große Revolution der Welt . . . nicht Opium der Welt, das die Menschen einschläfert, sie Not und Unrecht als göttliche Weltordnung betrachten läßt, sondern das Dynamit, und zwar das einzige, das die Weltordnungen und Weltreiche sprengt.“ (Ragaz: Die Botschaft vom Reiche Gottes. Ein Katechismus für Erwachsene, Bern 1942, S. 24).

3. Christentum und Sozialismus

Geht man vom Liebeswillen Gottes aus, der die Welt verwandelt und das Böse überwindet, muß man mit Paul Tillich 1919 feststellen: „Die Ethik der Liebe trägt in jede Gesellschafts- und Wirtschaftsform ein Ferment der Kritik, das umso erregender ist, je mehr sich jene auf Gewalt, Unterdrückung, Eigennutz gründet . . . Sie erhebt darum *Anklage gegen den grundsätzlichen Egoismus der Privat- und Profitwirtschaft*, die ihrem Wesen nach ein Kampf aller gegen alle ist und *fordert eine Wirtschaft der Solidarität aller und der Freude, nicht am Gewinn, sondern am Werk selber*.“ Insofern hat das Christentum eine größere Affinität (Nähe) zu freiheitlich-sozialistischen Ordnungsmodellen als zu kapitalistischen Systemen, in denen die Orientierung an möglichst großem Profit Maßstab der Produktion ist.

Aber das *Verhältnis von Christentum und Sozialismus ist dialektisch zu sehen* (Paul Tillich, Gesammelte Werke II, Stuttgart 1962 (Nachdrucke), S. 14, 160). Der Sozialismus ist die historische Anfrage an das Christentum, ob die Impulse der christlichen Liebe wirklich auch Strukturen verändern im Sinne eines menschlichen Zusammenlebens. Und das Christentum ist eine Anfrage an den Sozialismus, ob seine Ziele und Wege sich auch am Wohl des Menschen orientieren. (Insofern geht es hier *neben der Solidarität zugunsten der Armen um Distanz*. Besonders empfindlich sind Christen in der Gewaltfrage. Wegen der Gefahr des Machtwahns neuer Eliten sind Christen in der sozialistischen Bewegung die Anwälte der Machtlosen.)

Können Christen Kommunisten sein? Christen waren bisher freiheitliche Sozialisten. Kommunisten nannten sie sich in selteneren Ausnahmen dann und solange, wie sie in einer Kommunistischen Partei am Ringen um einen freiheitlichen Sozialismus teilnehmen und das Evangelium frei verkünden konnten (vgl. Artur Rackwitz. Christ und Sozialist zugleich, Hrsg. K. Schmidt, G. Jankowski, Hamburg-Bergstedt 1976. Mit dem Weg der religiösen Sozialisten Arthur Rackwitz und Aurel von Jüchen in der DDR muß der Weg der Evangelischen Kirche in der DDR verglichen werden: Günter Jacob, Generalsuperintendent i.R.: Der Christ in der sozialistischen Gesellschaft, Stuttgart 1975).

Was bedeutet die Tradition des Religiösen Sozialismus für die Kirche? Eine Warnung! *Der Auftrag der Kirche*, für die Grundwerte des Evangeliums in der Gesellschaft zu zeugen, einzutreten für Friede und Gerechtigkeit, *muß parteilich sein, hier ermutigen, dort warnen*, Fehlentscheidungen müssen beim Namen genannt werden. Insofern außer der Warnung auch ein Trost. Neben dem großen Versagen der Großkirchen ist diese Aufgabe wahrgenommen worden. Der damals Verfolgten sei deshalb dankbar gedacht! *Sozialistische Kirchen gibt es nicht*. Aber als Sozialisten können Christen dafür sorgen, daß die Katastrophen der Vergangenheit: Massenelement und zwei Weltkriege sich nicht wiederholen. Religiöser Sozialismus

als Kampf von Christen für Frieden und Gerechtigkeit gegen Nationalismus (und Faschismus) war eine konsequente Form der Bekennenden Kirche seit der Jahrhundertwende. Und Kirche ist nicht da, wo sie sich Kirche nennt, sondern wo Gottes Weltliebe bezeugt wird in der Gemeinschaft und im Dienst von Menschen, die brüderlich miteinander umgehen. Kirche ist insofern ein Prozeß der Sendung Christi, eine Sendung, die zur Teilnahme in der Gesellschaft herausfordert.

Günter Küppers

Sonnenenergie – ein Ausweg aus der Krise?

1. Akzente für die energiepolitische Diskussion

Zunehmend reduziert sich die energiepolitische Diskussion auf einen Streit zwischen Befürwortern und Gegnern der Kernenergie. Mögliche Alternativen geraten so aus dem Blickfeld und Lösungen für die Zukunft werden damit verbaut.

Bevor man freilich über den Einsatz der Alternative Sonnenenergie diskutieren kann, muß das Energieproblem selbst scharf definiert sein. Hieran fehlt es aber. Das liegt zum einen an der komplexen Struktur dieses Problembereiches, zum anderen an dem Konflikt der beteiligten Interessen.

Wenn ich also im folgenden einige energiewirtschaftliche Fakten referiere, so geschieht dies nicht mit dem Anspruch, das Problem seiner komplexen Struktur gemäß umfassend zu beschreiben, wohl aber in der Absicht, die Akzente innerhalb der überall geführten Diskussion anders zu setzen. Hierbei kommt es mir vor allem auf drei Punkte an:

1. Das Energieversorgungssystem ist nicht auf den Bedarf an bestimmten Energieformen abgestimmt.
2. Hierdurch und aufgrund anderer Faktoren ist die Energieverschwendung unvermeidbar hoch.
3. Dem Energieverbrauch ist nach oben eine Grenze gesetzt.

Zu 1.: Der Energieverbrauch in der BRD wurde 1960 noch zu 24%, 1970 nur noch zu 11% mit Primärenergieträgern (Kohle, Erdöl, Erdgas) gedeckt.¹⁾ Hinter diesen Zahlen verbirgt sich ein allgemeiner Trend, Primärenergieträger durch hochwertigere Sekundärenergieträger zu ersetzen. Unter den verschiedenen Sekundärenergieträgern fällt dem *elektrischen Strom* eine führende Rolle zu.

Diese Verschiebung von Primär- zu Sekundärenergieträgern wird überlagert von einer Veränderung in der Aufteilung für die Bereiche Verkehr, Industrie und private Haushalte. Während die Aufteilung des Endenergieverbrauchs sich nur unwesentlich verändert, verschiebt sich die des Stromverbrauchs in Richtung der privaten Haushalte, die 1980 ca. gleichviel und 1985 sogar mehr Strom verbrauchen werden als die Industrie.²⁾ 25% dieses Stromes dienen zur Raumheizung und 25% zur Heißwasserbereitung; 20% werden beim Kochen verbraucht und 30% im Bereich Licht und Kraft eingesetzt.³⁾ Berücksichtigt man, daß bei der Umwandlung von Gas in Strom und von Strom in Wärme insgesamt 65% der eingesetzten Primärenergie, beim direkten Einsatz von Gas zur Wärmeerzeugung dagegen nur 35% verloren gehen, so wird deutlich, welche Verluste mit dem „falschen Einsatz“ an Energie verbunden sein können. (Daß dies nicht immer so ist, zeigt ein Vergleich von Dampf- und Elektrolokomotiven. Die Dampflokomotive verbraucht wegen ihres geringen Wirkungsgrades mehr an Primärenergie als die Elektrolokomotive.)

Zu 2.: Noch deutlicher werden die Verluste sichtbar, wenn man das Energieflußdiagramm für die BRD betrachtet. Danach gehen 67% der eingesetzten Primärenergiequellen verloren und nur 33% können genutzt werden.⁴⁾ Den größten Posten hierbei stellt die „Abwärme“ der Kraftwerke. Ihr entsprechen z. Z. z. B. $41 \cdot 10^6$ t Heizöl und $39 \cdot 10^9$ cbm Erdgas oder die Jahresförderung des deutschen Steinkohlenbergbaus oder 18 Milliarden DM.⁵⁾

Nun kann man wegen des physikalisch begrenzten Wirkungsgrades keine Kraftwerke ohne „Abwärme“ bauen, dennoch bedeutet die Abgabe der Abwärme an die Umwelt eine Verschwendung von beträchtlichem Ausmaß.

In Haushalt und Industrie wird ein erheblicher Anteil an Energie eingesetzt zur Erzeugung von *Prozeßwärme*: Die Industrie braucht die Wärme für bestimmte Verfahren (z. B. im Hüttenwesen); in den Haushalten wird Wärme zur Raumheizung und zum Kochen eingesetzt. Beides zusammen erfordert mehr als 80% der insgesamt aufgewendeten Endenergie. Würde man hier die Abwärme einsetzen, käme dies einer beträchtlichen Entschwendung im Energieverbrauch gleich. Freilich ist dies nicht ohne weiteres möglich. Geeignete Maßnahmen müßten hier vom Staat ergriffen werden (z. B. eine Abwärmesteuer), um die Elektrizitätserzeugungsgesellschaften zum Vertrieb der Abwärme anzureizen. Die Kraftwerke müßten mit anderen Turbinen ausgerüstet werden, um einerseits die Abwärme bei einem höheren Temperaturniveau (ca. 100 Grad) abgeben und andererseits noch mit einem vertretbaren Wirkungsgrad Strom produzieren zu können. Ich will auf diese Problematik hier nicht weiter eingehen.

Zu 3.: Abwärme bedeutet aber nicht nur Verschwendung, sie setzt gleichzeitig eine obere Grenze für den Energieverbrauch. Energieverbrauch ist eigentlich eine Kette von Energieumwandlungsprozessen mit jeweils charakteristischen Verlusten (meist in Form von Wärme), so daß am Ende der Kette alle Primärenergie in nicht mehr weiter nutzbare Niedertemperaturwärme verwandelt ist. Diese mit dem Energieverbrauch verbundene Wärmebelastung der Umwelt wird dann problematisch, wenn sie zu irreversiblen Klimaveränderungen führt.

Wind und Regen sind eine Folge der täglichen Sonneneinstrahlung. Ein Tausendstel dieser Energie „steckt“ in unserer Großwetterlage.⁶⁾ Kommt die mit dem Energieverbrauch der Menschen verbundene Wärmebelastung der Umwelt in diese Größenordnung, so muß man mit Klimaveränderungen rechnen. Diese können katastrophale Auswirkungen für das Leben auf der Erde haben.

Betrachtet man die heute bereits erreichte Abwärmelast der Erde, so sieht man, daß wir global noch um ein bis zwei Größenordnungen von der kritischen Zahl 1 Promille entfernt sind. In Ballungsgebieten liegen wir aber bereits deutlich darüber.

A Natürliche Wärmequellen	W/m ²	‰
Sonneneinstrahlung	220	1000
geothermische Energie	0.062	0.3
B Anthropogene Wärmeproduktion		
Verteilung auf Erdoberfläche	0.016	0.07
Verteilung auf Kontinenten	0.054	0.25
USA*	0.24	2.1
BRD*	1.36	13.6
NRW*	4.2	48
Manhattan*	630	7200

* Basis: Durchschnittliche Sonneneinstrahlung 110 W/m²
Tabelle 1 Anthropogene Wärmeproduktion.⁷⁾

Nun kann man die Festlegung solcher Grenzwerte kritisieren, die Auswirkungen von Überschreitungen bagatellisieren. Die Tatsache, daß bislang eine dramatische Wetterveränderung nicht stattgefunden hat, obwohl wir lokal die kritischen Werte weit überschritten haben, scheint dies zu rechtfertigen. Irgendwann werden wir aber an eine (die) Grenze kommen, und

dann bleibt höchstwahrscheinlich nicht mehr die Zeit, durch Gegenmaßnahmen das bewirkte Unheil abzuwenden oder rückgängig zu machen. Wenn also eine Grenze existiert, deren Zahlenwert wir nicht exakt genug kennen, um garantiert unter ihm zu bleiben, dann ist Wachstum auf Dauer nicht möglich. Je eher man daraus die Konsequenzen zieht, desto besser.

Insofern löst eine Energiepolitik, deren Hauptaufgabe nur darin besteht, versiegende Primärenergiequellen durch unbeschränkt vorhandene zu ersetzen oder vorhandene Abhängigkeiten von bestimmten Primärenergiequellen abzubauen, nur einen Teil des Energieproblems. *Die Argumentation der Politiker, unser frei gewähltes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem erfordere nun einmal kontinuierliches Wachstum, kehrt den wahren Sachverhalt um: sie macht eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zur Naturkonstanten und die Naturgesetze zu politisch veränderbaren Größen.* Energiepolitik muß hier der gesamten Dimension des Problems gerecht werden.

2. Die Nutzung der Sonnenenergie

Die Sonne ist der einzige derzeit funktionierende Fusionsreaktor, in dem das Wasserstoffisotop Deuterium zu Helium „verbrannt“ wird. Diese für Jahrmillionen unerschöpfliche Energiequelle versorgt die Erde kontinuierlich mit Sonnenstrahlung. Von der eingestrahlten Sonnenenergie werden ca. 33% direkt an der äußeren Atmosphäre reflektiert, ca. 45% als Wärme zurückgestrahlt, ca. 22% für die Verdunstung von Wasser verbraucht, 0,2% stecken in der Windenergie und 0,1% benötigt die Photosynthese.⁸⁾ Die Strahlungsdichte außerhalb der Erdatmosphäre beträgt 1.35 W/m². Nach dem Durchlaufen der Lufthülle bleiben hiervon in unseren Breiten immerhin noch 800 W/m² übrig.⁹⁾ Die gesamte Erdoberfläche empfängt so täglich einen Energiestrom, der zwanzigtausendmal größer ist als die heutige Weltenergieproduktion.

Allein 1% der Erdoberfläche, dem entsprechen ungefähr 3,5% der Landfläche, genügen, um bei einem Wirkungsgrad von 20% das dreißigfache des heutigen Weltenergiebedarfs zu erzeugen.⁹⁾ Aber nicht alles, was an Energie eingestrahlt wird, kann auch genutzt werden.

Die Nutzung der Sonnenenergie wird vom Tag- und Nachtzyklus, vom Wetter und von den jahreszeitlichen Schwankungen des Sonnenstandes eingeschränkt. Während in den günstigsten Gegenden der Erde die Sonne 4000 Stunden im Jahr scheint, kann man bei uns nur mit 1500 Stunden Sonnenschein pro Jahr rechnen. Dies macht eine Speicherung der Sonnenenergie erforderlich, was mit erheblichen Kosten verbunden ist.

Der Aufwand und damit die Kosten steigen mit zunehmenden Speicherzeiten. So ist eine Überbrückung des Tag- und Nacht-Rhythmus noch relativ billig, während die Überbrückung länger anhaltender Schlechtwetterperioden bereits zu erheblichen Mehrkosten führt.

Nicht alle Verfahren der Sonnenenergienutzung sind auf die direkte Sonneneinstrahlung angewiesen. Spezielle Kollektoren können auch den diffusen Anteil der Globalstrahlung, der in unseren Breiten im Jahresmittel überwiegt, ausnutzen. Aber nicht nur die Sonnenstunden und der Anteil des diffusen Lichts sind entscheidend, auch die geographische Breite spielt eine Rolle. So bleibt z. B. die Sonne am Äquator nur an vier Tagen innerhalb eines Winkels von 4° . Dies erfordert gerade bei den Systemen, die das direkte Licht einfangen, bewegliche oder geometrisch besonders geeignete Kollektoren.

Nach der Berücksichtigung aller einschränkenden Faktoren erhält man als gemittelte Jahresleistung für sonnenreiche Gebiete wie z. B. Texas oder Arizona 250 W/m^2 und für klimatisch „durchwachsene“ Länder wie die Bundesrepublik Deutschland 110 W/m^2 .¹¹⁾

3. Nutzungsarten

Sonnenenergie kann direkt und indirekt genutzt werden. Grundlage für die direkte Nutzung sind der photothermische und der photoelektrische Effekt. Beim ersten wird die Tatsache benutzt, daß ein schwarzer Körper Sonnenlicht absorbiert und sich dabei erwärmt. Der zweite Effekt nutzt den Umstand, daß bestimmte chemische Verbindungen Sonnenstrahlung direkt in elektrischen Strom umwandeln können. Diese Verbindungen sind heute auch als „Sonnenzellen“ bekannt.

Zur indirekten Verwertung der Sonnenenergie rechnet man die Nutzung

- der Windkraft,
- horizontaler und vertikaler Temperaturunterschiede in den Ozeanen,
- der im Erdreich oder im Grundwasser gespeicherten Wärme mit Hilfe von Wärmepumpen und
- der Photosynthese.

Über die Photosynthese haben wir bislang unseren gesamten Energiebedarf gedeckt, denn Kohle, Öl und Gas sind Produkte der biologischen Konversion von Sonnenenergie. Freilich haben wir in einigen hundert Jahren verbraucht, was in Jahrmillionen produziert und gespeichert wurde. All diese Methoden sind heute wissenschaftlich realisierbar, allein ihre zum Teil fehlende Wirtschaftlichkeit macht sie zu Außenseitern der Energiepolitik. Dabei ist die Wirtschaftlichkeit, die wesentlich auf einem Preisvergleich von Alternativen basiert, ein dehnbarer Begriff. Solange die Kosten

für einzelne Systeme fast beliebig in betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Kosten aufgeteilt werden können, bleibt auch der Preisvergleich und damit die Feststellung der Wirtschaftlichkeit willkürlich. Bevor wir dennoch zu Preisvergleichen kommen, eine kurze Diskussion der einzelnen Verfahren.

Photothermische Umsetzung

Einfache Sonnenkollektoren, die auf der Basis dieses Effektes arbeiten, bestehen aus einer geschwärzten Absorberplatte mit aufgeschweißten Metallrohren, in denen die Arbeitsflüssigkeit die eingestrahlte Wärme aufnehmen und zu einem Verbraucher transportieren kann. Arbeitstemperaturen bis zu 200°C sind mit solchen Kollektoren erreichbar, so daß sie für Zwecke der Heizung, der Warmwasserbereitung sowie zum Betrieb von Klimaanlage (Absorptionskühlsysteme) eingesetzt werden können.

Der Einsatz der Sonnenenergie zur Warmwasserbereitung scheint heute bereits wirtschaftlich zu sein. So erwärmt man in Zürich pro Jahr und qm Sonnenkollektor ungefähr 7000 l Wasser auf 50°C und kann damit ein Schwimmbad beheizen.¹²⁾ In der BRD genügen 5 qm Kollektorfläche, um den Warmwasserbedarf eines 4-Personen-Haushalts im Sommer voll und im Winter zur Hälfte zu decken.¹³⁾ Mit einem 200 l Heißwasserspeicher, wie er auch für Nachtstromspeicher benutzt wird, lassen sich bei Arbeitstemperaturen von 95°C auch einige Regentage überbrücken. Bei einer längeren Schlechtwetterperiode genügt im Sommer ein kleiner Durchlauferhitzer, im Winter das Zuschalten des Heizkessels, um für die notwendige Temperaturerhöhung zu sorgen. Kollektor- und Speicherkosten von ca. DM 3000,- ergeben eine jährliche Heizölsparsnis von 500–800 l. Die Amortisationszeit läßt sich aus dem Heizölpreis leicht errechnen.

Komplizierter und wegen des größeren Speichers auch teurer sind Anlagen, die gleichzeitig eine Warmwasserzentralheizung betreiben. Auch hier können Kombinationen mit anderen Heizsystemen, z. B. mit der Verwendung von Wärmepumpen, zu wirtschaftlichen Lösungen führen.

Höhere Arbeitstemperaturen, die für den Betrieb konventioneller Dampfkraftwerke notwendig sind, setzen eine Fokussierung der Sonnenstrahlen und technologisch hochwertige Kollektorsysteme mit hohem Wirkungsgrad voraus. Nach einem Konzept von Meinel soll die Sonnenstrahlung durch einen linearen Parabolspiegel auf wärmeisolierte Röhren fokussiert werden. Als Arbeitsmedium dient flüssiges Natrium. Es überträgt die Energie an einen Wärmespeicher, der nach dem Prinzip der Schmelzwärme von Salzen arbeitet. Am Ende produziert eine Dampfturbine elektrischen Strom. Der Gesamtwirkungsgrad der Anlage beträgt nach Meinels Rechnungen 25% und führt zu einem Strompreis von 5 Pf pro kWh. Anderen

Berechnungen zufolge liegen die gesamten Systemkosten zwischen 3000–9000 DM pro installiertes KW und sind mit 1000–2000 DM pro KW für konventionelle Kernkraftwerke zu vergleichen.¹⁴⁾ Hier liegt der Preis noch um einen Faktor zwei bis vier zu hoch. Bessere Verfahren und neue Materialien lassen hier auf einen Durchbruch hoffen.

Weitaus höhere Arbeitstemperaturen sind durch eine zweidimensionale Fokussierung möglich. Im Sonnenofen von Odeillo in den französischen Pyrenäen werden bis zu 3800°C erreicht. Dadurch eröffnen sich auch unkonventionelle Anwendungen der Sonnenenergie, die gleichzeitig das Speicherproblem lösen würden. Gemeint ist hier die thermische Dissoziation von Wasser, d. h. die Spaltung von Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff. Der Wasserstoff könnte als Sekundärenergieträger transportiert werden und beim Verbraucher durch „warme“ bzw. „kalte“ Verbrennung in Wärmeenergie bzw. in elektrische Energie umgewandelt werden. Hier müssen aber noch entsprechende Verfahren entwickelt werden.

Photoelektrische Umwandlung (Sonnenzellen)

Sonnenzellen, die Sonnenstrahlen in elektrischen Strom umwandeln, werden heute vorwiegend zur Energieversorgung von Satelliten eingesetzt. Mit Wirkungsgraden von fast 20% wären sie auch für die Energiegewinnung auf der Erde von Interesse. Freilich liegt hier der Preis noch um einige Größenordnungen zu hoch. So würde ein mit Siliziumzellen betriebenes Kraftwerk Strom für DM 6 pro KWh liefern.¹⁵⁾

Man ist daher auf der Suche nach billigeren Materialien und nach Verfahren, die für eine großtechnische Herstellung geeignet sind. Nach einer Studie des Batelle-Instituts sollen durch die Verwendung bereits vorhandener Technologien bei der Herstellung (z. B. das Ziehen dünner Eiskristallbänder) die Kosten um mehrere Größenordnungen gesenkt werden können.

Die Anforderungen an die Sonnenzellen sind:

- ein Wirkungsgrad von mindestens 5%,
- ein Material, das in ausreichendem Umfang vorhanden ist und sich für die Massenproduktion von Sonnenzellen eignet,
- lange Lebensdauer,
- Unempfindlichkeit gegenüber Umweltgiften (CO₂, NO_x, und SO_x).

Neuere Materialien wie z. B. Kadmiumsulfid erfüllen eine Reihe dieser Voraussetzungen. Allerdings wird der geringe Preis dieser auf der Basis polykristallinen Materials hergestellten Sonnenzellen durch erhöhte Systemkosten kompensiert, die durch den vergleichsweise niedrigen Wirkungsgrad verursacht werden.

Ungelöste Probleme sind heute immer noch der hohe Reflexionsgrad (ein Großteil des einfallenden Lichtes wird an der Oberfläche der Zellen reflektiert und geht für die Energieerzeugung verloren), die unzureichende Temperaturbeständigkeit, um fokussierte Sonnenstrahlen zu benutzen, und die zu geringe Lebensdauer. Die technologischen Probleme, die hier noch gelöst werden müssen, sind aber vergleichsweise gering, wenn man sich die bereits gelösten und die noch offenen Probleme der Kernspaltungs- und Kernfusionsreaktoren vor Augen führt.

Windkraft

Windmühlen gibt es seit dem Mittelalter, die Nutzung der Sonnenenergie auf diese Weise ist daher eine vertraute Sache. Zwar steckt in der Windenergie nur ca. 1% der die Erdoberfläche erreichenden Sonnenstrahlung, aber selbst bei einer Ausnutzung von nur einem Prozent dieser Windenergie erhält man ein Vielfaches des heutigen Weltenergieverbrauchs.

Moderne Windräder sprechen bereits bei Windgeschwindigkeiten von nur 1,5 m pro Sekunde an und können selbst Windgeschwindigkeiten von 20 m pro Sekunde noch verkraften. Bei höheren Windgeschwindigkeiten drehen sie sich automatisch aus dem Wind. Der Wirkungsgrad solcher Anlagen ist sehr hoch, dem Wind wird fast 90% der Energie entzogen. Deshalb muß auch der Abstand zwischen den Windrädern relativ groß sein. Zusammen mit der Größe (Türme bis zu 100 m hoch und Rotordurchmesser bis zu 70 m) reduziert dies ihre „Umweltfreundlichkeit“.

Auf dem Markt existieren heute Anlagen, die zu einem Strompreis von 7 Pf pro KWh Energie erzeugen. In diesem Preis ist ein Energiespeicher eingeschlossen, mit dem mehrere Flaudentage überbrückt werden können.¹⁶⁾

Wärmepumpen

Die Nutzung der Sonnenenergie ist immer verbunden mit dem Problem der Energiespeicherung, um Schwankungen im Angebot durch den Tag-Nacht-Rhythmus oder aufgrund von Schlechtwetterperioden überbrücken zu können. Eine Lösung dieses Speicherproblems liefert die Erde selbst. Bereits in einigen Metern Tiefe herrscht ein über das ganze Jahr gleichmäßiges Temperaturniveau vor. Es besteht daher die Möglichkeit, mit Hilfe von Wärmepumpen gespeicherte Sonnenwärme aus dem Erdreich oder aus dem Grundwasser zu „pumpen“.

Breibt man diese Wärmepumpen mit elektrischer Energie, so erhält man für 1 Einheit elektrischer Energie 4 Einheiten Wärmeenergie. Rechnet man die Verluste bei der Stromerzeugung (2/3) mit, so kommt man auf 4 Einheiten Wärmeenergie pro 3 Einheiten Primärenergie, d. h. der Wirkungsgrad ist hier höher als bei direktem Einsatz von Kohle, Öl oder Gas.

Eine solche Lösung ist freilich nur für Streusiedlungen denkbar, in Ballungsgebieten hätte man Probleme des Energietransports. Der Entzug der Wärme aus dem Grundwasser ist wegen des hierfür geringeren Flächenbedarfs dem Entzug der Wärme aus dem Erdreich, bei dem man nämlich pro qm Wohnfläche 2,6 qm Kollektorfläche benötigt, vorzuziehen.¹⁷⁾

Temperaturgradienten und Meereswellen

Temperaturunterschiede in den Ozeanen treten sowohl in vertikaler Richtung (die Temperatur nimmt mit der Tiefe ab) als auch in horizontaler Richtung auf. So beobachtet man Temperaturunterschiede bis zu 20–30°C zwischen Meeresströmungen, die weniger als 1000m auseinanderliegen.¹⁸⁾ Solche Temperaturunterschiede erlauben den Betrieb von Niederdruckwärmekraftmaschinen. Der wegen der geringen Temperaturunterschiede geringe Wirkungsgrad wird kompensiert von der unbeschränkt verfügbaren Wassermenge. Amerikanische Rechnungen zeigen, daß sich in der Karibik mit dieser Methode der Energieverbrauch der USA im Jahre 2000 decken läßt.¹⁹⁾ Freilich scheitert diese Methode noch an der Verfügbarkeit von Apparaten, die billig genug sind und dennoch den rauen Bedingungen auf See standhalten.

An ähnlichen Bedingungen scheitern japanische Pläne, die die Energie der Meereswellen ausnutzen wollen. Hierzu sollen Bojen auf dem Meeresgrund verankert werden. Der Innenraum der Boje wird nun durch das wellenförmige Steigen und Sinken des Meeresspiegels komprimiert und expandiert, so daß wieder über eine Turbine elektrischer Strom erzeugt werden kann. Nach jüngsten Experimenten können solche Bojen 80% der Wellenenergie in Elektrizität umwandeln. Rechnungen zufolge soll man hierdurch das 25fache der heutigen Kraftwerksleistung in Japan zu einem Preis von weniger als 10 Pf pro kWh erzeugen können.²⁰⁾

4. Preise und Preisentwicklung

Die Nutzung der Sonnenenergie wird heute zwar prinzipiell aus physikalischen oder technologischen Gründen nicht mehr ausgeschlossen, Hauptargument aber gegen ihre Nutzung ist nach wie vor ihre fehlende Wirtschaftlichkeit. Diese wird festgelegt über einen Preisvergleich mit Alternativen. Hierzu ist festzustellen, daß dieses Verfahren ein hohes Maß an Willkür implizit enthält.

Einmal gibt es auf dem Energiemarkt keine Konkurrenz. Nach der Ölpreiserhöhung zog in den USA der Kohlepreis um den gleichen Faktor an und sogar geothermisch erzeugter Strom wurde doppelt so teuer. Zum anderen wird z. B. bei der Kernenergie die Konkurrenzfähigkeit oft erst durch hohe Subventionen des Staates bei der Entwicklung in einem frühen Stadium

erreicht. Weiter werden Kosten für etwaige Folgelasten oft nicht berücksichtigt und einfach der Gemeinschaft aufgebürdet. Diskussionen, die die Bedeutung der Sonnenenergie allein nach ihrem Preis bemessen wollen, bleiben insofern fragwürdig.

Über den Umfang möglicher Kostensenkungen für Elemente und Systeme zur Sonnenenergienutzung gehen die Meinungen der Fachleute weit auseinander. Übereinstimmung besteht darin, daß die Kosten für Kollektoren zur photothermischen Energieumsetzung um einen Faktor 10 billiger werden können. Bei den Solarzellen zur direkten Umwandlung in elektrischen Strom divergieren die Meinungen am meisten. Während einige an keine weiteren Kostensenkungen mehr glauben, sind andere der Ansicht, durch die Einführung bereits existierender Verfahren zur großtechnischen Produktion von Solarzellen die Kosten um einen Faktor 100 senken zu können. Fest steht allerdings, daß vor der Nutzung über Solarzellen die Nutzung der photothermischen Umsetzung große Bedeutung erlangen wird.

Für diesen Nutzungsbereich (photothermische Umsetzung) sind im folgenden sogenannte „break-even“ Kosten aufgeführt. Diese werden wie folgt definiert: aus vorhandenen klimatischen Daten kennt man den gemittelten Input an Sonnenenergie. Gleichzeitig weiß man aufgrund von Langzeitmessungen den Wirkungsgrad einzelner Kollektorsysteme. Damit läßt sich die Energiemenge bestimmen, die ein Kollektorsystem pro m² einfangen kann (z. B. wieviel Liter Wasser bei einer Temperatur von 80°C erhält man pro m² Kollektorfläche). Über die Preise von Primär- und Sekundärenergieträgern lassen sich dann die Kosten bestimmen, die bei einer konventionellen Bereitstellung derselben Energiemenge aufgewendet werden müßten. Dies sind aber gerade die „break-even“ Kosten; denn Sonnenenergie ist dann interessant, wenn die Kollektorkosten eine Erzeugung zu einem niedrigen Preis erlauben.

Art der Nutzung	obere Preisgrenze in \$ pro m ² Kollektorfläche
Wasserdestillation	0,62
Warmwasserbereitung	50,0
Feldbewässerung	2,42
Heizung	5,40
Kühlung	7,33
Heizung und Kühlung	12,73
elektrische Energie	16,90
Heizung, Kühlung und elektrische Energie	29,63

Tabelle 2: „break-even“ Kosten²¹⁾

Um diese Zahlen beurteilen zu können, muß man wissen, daß Kollektoren heute zwischen 350 \$ und 100 \$ pro m² kosten. Ihre Lebensdauer wird mit 10–20 Jahren veranschlagt. Zu diesen Kosten kommt noch einmal derselbe Betrag für den notwendigen Energiespeicher und das eventuell erforderliche übrige System. Dies ergibt als Vergleichszahlen Werte zwischen 70 \$ und 10 \$ pro m². Aus der Tabelle sieht man, bei welchen Nutzungsarten die erlaubte obere Preisgrenze über diesen Werten liegt und wo die Nutzung der Sonnenenergie somit wirtschaftlich betrieben werden kann.

5. Vorteile der Sonnenenergienutzung

Versucht man außerhalb der als fragwürdig erscheinenden Wirtschaftlichkeitsbetrachtung Punkte für die Sonnenenergienutzung zu sammeln, so fallen drei Eigenschaften besonders ins Gewicht.

1. Die Nutzung der Sonnenenergie ist ohne biologisches Risiko.
2. Die Nutzung der Sonnenenergie reduziert die Abwärmelast bei der Energieerzeugung.
3. Die Nutzung der Sonnenenergie reduziert langfristig das entwicklungs- politische Nord-Süd-Gefälle.

Zu 1.: Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen, besonders aber Kernkraftwerke, bedeuten ein langfristig exakt nicht abschätzbares biologisches Risiko. Die Abgabe von Stick- und Schwefeloxiden in den Rauchgasen konventioneller Kraftwerke stellt eine gesundheitliche Belastung für die Bevölkerung dar, insbesondere für den Teil, der aus anderen Gründen bereits „vorgeschädigt“ ist. *Die erhöhte Strahlenbelastung durch Kernkraftwerke* mag zwar gering sein und unter der Schwankungsbreite der natürlich vorkommenden Strahlung liegen, *ihre Wirkung kann dennoch beträchtlich sein*, weil bestimmte Substanzen z. B. in der Nahrungskette angereichert werden und so ein Summationseffekt hinzukommt, dessen langfristige Folgen schwer kalkulierbar sind. Solange hier das Wissen fehlt, *sind Unbedenklichkeitserklärungen von Politikern und Interessengruppen fehl am Platze.*

Zu 2.: Energieverbrauch ist mit Abwärmelast der Umwelt verbunden. Klimaveränderungen können die Folge sein. Nach neueren Erkenntnissen spielt freilich der über die CO₂-Belastung konventioneller Kraftwerke verursachte Treibhauseffekt die größere Rolle. Diese Klimaveränderungen sind irreversibel und können katastrophale Folgen haben.

Die Sonnenenergie wäre die einzig mögliche Lösung ohne Abwärmelast (und natürlich auch ohne CO₂-Belastung). Da ein Teil der eingestrahlten Energie nicht direkt, sondern erst nach der Nutzung (quasi zeitverzögert) als Wärme wieder frei wird, verändert sich die natürliche Energiebilanz der Sonneneinstrahlung nicht. Dies trifft allerdings nur global für die ganze Erde zu. Dennoch kann es zu Verschiebungen kommen, insbesondere, wenn die Sonnenenergie in sonnenreichen Wüsten-

gebieten gewonnen und in den Ballungsgebieten der Industrieländer verbraucht wird.

Zu 3.: Kohle, Öl, Gas und Uran sind nicht überall in gleicher Weise verfügbar. Abhängigkeiten für bestimmte Industrieländer, die selbst nicht über diese Rohstoffe verfügen, sind hier die Folge. Zwar ist die Verteilung des Sonnenscheins geographisch ebenfalls unterschiedlich, aber doch nicht so ungleich, wie bei den oben angeführten Primärenergieträgern. Die Nutzung der Sonnenenergie erlaubt so eine *Dezentralisierung des Weltenergiemarktes* und ermöglicht es, *das Konfliktpotential zwischen Industrie- und Entwicklungsländern anzubauen.*²²⁾

Diese drei Punkte machen die Attraktivität der Sonnenenergie deutlich. Daß hier noch eine Menge Probleme gelöst werden müssen, die von technologischen bis hin zu politischen reichen, ist unbestreitbar. Verglichen mit den noch offenen Problemen bei der Kernenergiegewinnung sind sie zumindest nicht größer als dort. Insofern ist der dort zur Schau gestellte Optimismus und Fortschrittsglaube eher bei der Nutzung der Sonnenenergie angebracht. 19 Milliarden DM sind bisher in die Kernenergieentwicklung gesteckt worden, ohne daß eine langfristige Lösung gefunden wurde. Dieselbe Summe in die Sonnenenergienutzung investiert, hätte wahrscheinlich das „Energieproblem“ längst gelöst.

Anmerkungen:

- 1) P. Beck, D. Goettling; Energie und Abwärme; Beiträge zur Umweltgestaltung, Heft 138, Erich-Schmidt-Verlag Berlin 1973
- 2) ebda.
- 3) ebda.
- 4) Sichere Energie – für Heute und Morgen, Schrift des BMFT, Bonn 1974
- 5) E. Behrens, Heizung für ganz Deutschland, Süddeutsche Zeitung Nr. 20 vom 25./26. Januar 1975, München 1975
- 6) H. Flohn, Globale Energiebilanz und Klimaschwankungen, Schriftenreihe der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, Bonn 1973
- 7) P. Beck, D. Goettling, a.a.O.
- 8) E. Kamer, Die Möglichkeiten der Nutzung von Sonnenenergie, Philips Presse Information Nr. 170/75, Hamburg 1975
- 9) ebda.
- 10) Neue Technologien der Energiegewinnung in: Gesundheit und ein langes Leben, Mitteilungsblatt über Technikerkrankenkasse, Hamburg 1975
- 11) E. Kamer, a.a.O.
- 12) A. Urbanek, Heißwasser vom Sonnendach, Süddeutsche Zeitung Nr. 261, vom 13. November 1975, München 1975
- 13) ebda.
- 14) E. Kamer, a.a.O.
- 15) ebda.
- 16) Christian Schütze, Chancen für kleine Windmaschinen, Süddeutsche Zeitung, Energie von Morgen, Januar 1974
- 17) L. Rouvel, Wärme aus der Erde gepumpt, Süddeutsche Zeitung Nr. 21 Beilage; Zeitgemäße Technik, zeitgemäße Form vom 27. Januar 1977, München 1977
- 18) E. Kamer, a.a.O.
- 19) ebda.
- 20) M. Urban, Energie aus Meereswellen, Süddeutsche Zeitung Nr. 10 vom 14. Januar 1976, München 1976
- 21) A. B. Meinel, Referat im International College on Applied Physics, 2. cours on Solar Energie Conversion, Nerano 1975
- 22) Klaus M. Meyer-Abich, Energy Growth Alternatives – Dimensions of a Social Cost Benefit Analysis in: H. G. Schlegel und J. Barnea (Hrsg.), Microbial Energy Conversion, Erich Goltze KG, Göttingen 1976

Berufsverbot

1. Was ist „Berufsverbot“?

Der Begriff „Berufsverbot“ ist in die deutsche Geschichte eingegangen und wird von der ausländischen Presse als unübersetzbares Lehnwort übernommen. Bei uns in Deutschland wird dieser Begriff besonders von offiziellen Stellen nicht ohne Zusatz gebraucht. Bundesinnenminister Maihofer sprach in seiner Rede am 19./20. Nov. 1976 vor dem 27. Parteitag der FDP in Frankfurt von den „sogenannten Berufsverboten“. Der sprachliche Zusatz soll offenbar die Brisanz des Inhalts herabsetzen. Bundeskanzler Helmut Schmidt wehrte sich sogar gegen den Begriff „Berufsverbot“ und erklärte immer wieder auf Wahlkampfreisen vor der Bundestagswahl 1976, daß es in Deutschland keine Berufsverbote gäbe.

Im Folgenden wollen wir den Begriff „Berufsverbot“ als Arbeitsbegriff beibehalten, teils in Ermangelung eines treffenderen Ausdrucks, teils, weil er nun einmal in die öffentliche Diskussion Eingang gefunden hat und nicht wegzudiskutieren ist. Die Anführungszeichen weisen auf den Zitatcharakter des Wortes hin und machen ebenfalls deutlich, daß der Inhalt umstritten ist.

„Berufsverbot“ ist Inbegriff übertriebener Repressionen eines Staates, eines bürokratischen Apparats oder anderer machtausübender Institutionen, die dazu dienen sollen, abhängige Personen oder Personengruppen bei der vollen Verwirklichung ihrer Menschenrechte zu beschneiden. Diese fundamentalen Menschenrechte sind niedergelegt in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO vom 10. Dezember 1948¹⁾, besonders in den Artikeln 1, 18 und 19. Artikel 18 beginnt mit den Worten: „Jeder hat das Recht auf Gedankenfreiheit . . .“ und Artikel 19 gibt jedem das Recht auf Meinungsfreiheit. Eingeschränkt werden diese Rechte nur, wenn Rechte der Mitmenschen verletzt werden oder wenn die öffentliche Ordnung, Gesundheit, Moral und Sicherheit gefährdet sind und geschützt werden müssen.²⁾

Wenn nun in dieser Betrachtung von „Berufsverboten“ die Rede sein wird, so nur von solchen, die sich in der Bundesrepublik Deutschland ereignen. Ausländische Formen von „Berufsverbot“ werden ausgeklammert, obwohl wir wissen, daß es im östlichen Machtbereich sowie im westlichen Ausland und in den Ländern der dritten Welt Fälle von „Berufsverbot“ gibt. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf das Schicksal russischer Dissidenten oder die Unterzeichner der Charta 77.³⁾ Wir meinen jedoch, daß solche Fälle von „Berufsverbot“ die Kritik an der Berufsverbotspraxis in unserem Staat nicht abschwächen, sondern eher noch verstärken.

In der deutschen Geschichte der letzten 100 Jahre finden sich einige Beispiele für Repressionsmaßnahmen des Staates gegenüber „staatsgefährdenden“ Personen. Wir greifen drei Beispiele heraus.

2. „Berufsverbote“ in der deutschen Geschichte

2.1 Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (1878–1890)

Vom 22.–27. Mai 1875 wurde die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands gegründet (Vorläufer der SPD). Diese wehrte sich zusammen mit den Gewerkschaften gegen wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Einführung von Schutzzöllen für Getreide, Eisen und Eisenprodukte, die eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten erwarten ließen. Um einer massiven Gegenwehr von Seiten der Arbeiterbewegung (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands und Gewerkschaften) zuvorkommen, wurde das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ erlassen.⁴⁾

§ 1: „Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.“

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.“

Allen Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands wurde vom 21. Oktober 1878 an jedes öffentliche, politische Auftreten verboten. So verwundert es nicht, daß bis zum Jahre 1918 keinem Sozialdemokraten gestattet wurde, in den öffentlichen Dienst einzutreten. Die Folge des sogenannten „Sozialistengesetzes“ war eine Vernichtung der sozialdemokratischen Parteiorganisation. Doch schon sehr schnell erfolgte die Verlagerung der Parteiarbeit in den politischen Untergrund. Nicht nur konnte die Sozialdemokratie zur Zeit des „Sozialistengesetzes“ ihren politischen Einfluß verbessern, sondern es vollzog sich ebenfalls eine innerparteiliche Radikalisierung unter Mitwirkung von Friedrich Engels. Die Unterdrückung der politischen Arbeit der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands hatte nicht dazu geführt, die staats- und gesellschaftskritischen Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung zu bändigen.

2.2 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933

Während der Weimarer Zeit versuchte der Staat erneut, Mitglieder nicht „verfassungsfreundlicher“ Organisationen aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Da keine gesetzliche Grundlage für einen Ausschluß von „Verfassungseindlichen“ bestand, appellierte der Staat an die demokratische Gesinnung des Beamtentums, sich für die Verfassung einzusetzen. Erst im Jahre 1930 erklärte der Innenminister die Mitgliedschaft in der KPD und NSDAP oder auch ihre Unterstützung als unvereinbar mit der Treueverpflichtung der Beamten. Einige Jahre später wurde das von den Nationalsozialisten erlassene „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ dazu benutzt, Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen. Damit wurde der Beamtenapparat zu einer wesentlichen Stütze des Dritten Reiches. § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ lautet: „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden...“⁵⁾

2.3 Nachkriegszeit und Ministerpräsidentenerlaß vom 28. Januar 1972

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 wurde von der Regierung Adenauer am 19. September 1950 die gesetzliche Grundlage für die Entlassung von „Verfassungseindlichen“ Beamten aus dem öffentlichen Dienst neu formuliert. Eine lange Liste von „verfassungseindlichen“ – was nicht bedeutet: verbotenen – Organisationen diente der Verwaltung zur Orientierung. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß sich alle Erlasse der fünfziger Jahre auf Angehörige des öffentlichen Dienstes bezogen und nicht auf Bewerber für die Einstellung in den öffentlichen Dienst.

Um eine einheitliche Anwendung der in den fünfziger Jahren erlassenen Richtlinien in allen Bundesländern zu gewährleisten, trat im Jahre 1972 der „Radikalerlaß“ (auch Extremistenerlaß genannt) in Kraft. „Nach den Beamtengesetzen in Bund und Ländern darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.“⁶⁾

Ein Vergleich mit § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ zeigt, daß an Stelle des „nationalen Staates“ die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ getreten ist.

Eine Diskussion einzelner Fälle von „Berufsverbot“ soll hier nicht geleistet werden, da ausführliche verfassungsrechtliche und politische Stellungnahmen dazu vorliegen.⁷⁾

Es ist festzuhalten, daß über 100 Jahre hinweg unterschiedliche Regierungsformen versucht haben, systemkritische Gesellschaftsveränderer in ihrer Handlungsfreiheit zu beschneiden. Die heutigen „Berufsverbote“ sind nur als ein Glied in der Kette staatlicher Unterdrückungsmechanismen in der deutschen Geschichte zu betrachten.

3. Stellungnahmen zum „Berufsverbot“

3.1 Bundesrepublik Deutschland

Der Widerstand gegen Repressionen des Staates ist so alt wie die Repressionen. Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch beteiligten sich mehr und mehr auch ausländische Gruppen an der Kritik der „Berufsverbote“ in Deutschland. Die nun folgenden Stellungnahmen zeigen exemplarisch einige Aspekte der Kritik auf.

Für den liberalen Bundesinnenminister Maihofer⁸⁾ ist der Radikalerlaß Teil des Balanceaktes unserer Politiker zwischen Freiheit und Sicherheit. Er sieht die Spannung zwischen fast unbegrenzter Toleranz gegenüber extremistischen Staatsbürgern und gesetzlich geregelter Intoleranz gegenüber extremistischen Beamten im Grundgesetz fest verankert. Obwohl die Liberalen – allen voran die Hamburger Fraktion – sich auf ihrem Parteitag für eine Liberalisierung der gegenwärtigen Praxis der „Berufsverbote“ einsetzten, hielten sie dennoch fest an dem oben genannten Grundsatz. Es bleibt abzuwarten, ob sich der von Innenminister Maihofer am Ende seiner Rede beschworene „Geist der Verhältnismäßigkeit und des Übermaßverbots“ einstellen wird.

Der Stuttgarter Politologe Martin Greiffenhagen kommt in seiner kritischen Würdigung des Radikalerlasses und seiner Folgeerscheinungen zu dem Ergebnis: „Die problematische Weise der Durchführung des sogenannten Radikalerlasses zeigt die historischen Schwierigkeiten und Gefahren, denen eine Demokratie in Deutschland begegnet. Alte politische Muster schlagen wieder durch. Noch nie war die Versuchung einer Orientierung am obrigkeitlichen Rechtsstaat so stark wie heute. Es hat keine Epoche der Bundesrepublik Deutschland gegeben, die denjenigen so nahe war, von denen das Grundgesetz sich abwandte.“⁹⁾

Vom Standpunkt des Staats- und Verwaltungsrechtlers aus kritisiert Prof. Wolfgang Hoffmann-Riem das Bundesverfassungsgericht, indem er den Richtern u. a. mangelnde inhaltliche Klärung des Begriffs „Radikalität“ vor-

wirft. Er deutet auf die Gefahr eines Machtzuwachses der Verwaltung hin, die sogar die Möglichkeit hat, unter Hinweis auf „fehlenden Bedarf“ oder „mangelnde Eignung“ politisch motivierte Entscheidungen zu verbergen. Diese Form verdeckter Herrschaft wird nicht durch Gesetze verhindert und entzieht sich in den meisten Fällen gerichtlicher Beurteilung.¹⁰⁾

Die FAZ vom 12. Juni 1976 schreibt in einem ausführlichen Artikel „Über die Schwierigkeit, eine Verfassung zu schützen“ folgendes: „Das ursprüngliche Ziel: der Schutz der Verfassung, verkehrt sich in sein Gegenteil, und zwar durch eine Überprüfungspraxis, in der sich Perfektionismus und Mediokrität miteinander verbünden“. Vom Autor wird auch der Ort genannt. „Bürokratien neigen immer dazu, und vor allem dann, wenn sie im Unrecht sind, Geheimpolitik zu betreiben und sich öffentlicher Kontrolle zu entziehen.“ Im Weiteren wird der Verfassungsschutz als ein Apparat bezeichnet, der sich zu einem „kafkaesken Automatismus verselbständigt hat“. Der Artikel schließt mit den Worten: „Hier werden auf unerlaubter Weise Verfassungswirklichkeit und Verfassungsanspruch identisch gesetzt. Während das Grundgesetz seinem Wesen nach die Idee einer freien und gerechten Gesellschaft postuliert, die erst noch zu verwirklichen wäre, wird es hier – und allmählich überall – zur bloßen Apologie des status quo mißbraucht.“

3.2 Ausland

Die Bundesrepublik wurde – und wird – von einer wahren Flut von Dokumentationen, Stellungnahmen und Erklärungen aus dem Ausland (Niederlande, Schweden, Frankreich, Schweiz, Großbritannien und Neuseeland) überschwemmt. Während in Deutschland eine geschichtliche Aufarbeitung der „Berufsverbote“ nur zögernd angefaßt wird, zeigen viele ausländische Beiträge ein hohes Maß historischer Sensibilität. Eine ausführliche Darstellung aller ausländischen Beiträge zum Thema „Berufsverbote“ kann in diesem Zusammenhang nicht beabsichtigt sein.

Der Protest der niederländischen Künstlerorganisation vom 18. Juni 1976 betrachtet die Maßnahmen im Zusammenhang mit den „Berufsverboten“ als „unvereinbar mit dem Westdeutschen Grundgesetz und den Menschenrechten“.

Jan Myrdal, schwedischer Schriftsteller, schreibt: „Die Bundesrepublik entwickelt sich wieder zu dem geschichtlich bekannten Staat vom Typ des Obrigkeits- und Beamtenstaats.“ Myrdal sieht weiter in der Entwicklung zum Polizeistaat ein Risiko für einen Krieg in Europa und begründet damit die Einmischung der „Ausländer“ in die deutsche Innenpolitik.

Die englische Zeitung „The Guardian“ vom 21. Dezember 1975 berichtet von einer „Hexenjagd in Westdeutschland“: „Die gegenwärtige Praxis wird jedoch weitergeführt, obwohl sie immer mehr mißbraucht wird. Einige Befürworter des Radikalenerlasses zeigen sich beunruhigt über die Praxis, die Zeichen einer Hexenjagd trägt.“¹¹⁾

Der schweizer Schriftsteller Max Frisch wurde gefragt: Sind die Berufsverbote in der BRD, die in den Ländern wie Frankreich eine Woge von Protesten ausgelöst haben, in ihren Augen eine isolierte Erscheinung, ein Randphänomen? Er antwortete: „Absolut nicht. Wir erleben einen rapiden Abbau der Menschenrechte. Das ist in der Schweiz ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland...“¹²⁾

Vor einigen Wochen erreichte uns ein ausführlicher Kommentar von Bob Rigg, einem Universitätslehrer der Waikato Universität in Neuseeland.¹³⁾ Rigg stellt in seinem Artikel (The controversy surrounding the „Berufsverbot“) neben die politische Konzeption „Wirtschaftswunder“ und „Ostpolitik“ die der „Berufsverbote“. Er weist darauf hin, daß „Berufsverbote“ nicht nur vom Staat benutzt werden, sondern in weit verborgenerem Maße von der katholischen Kirche, den Gewerkschaften und privaten Unternehmern. In der Praxis schlage die Peitsche der „Berufsverbote“ mehr nach „links“ als nach „rechts“ aus, was für Rigg durch die große Zahl von Ex-Nazis in Gerichten, Verwaltung und im Geschäftsleben erklärbar wird.

4. Schlußaspekte

4.1 Die Kontroverse um die „Berufsverbote“ scheint noch nicht in alle Schichten der Bevölkerung eingedrungen zu sein. Symptomatisch dafür ist die Äußerung eines deutschen Schulmeisters aus dem Jahre 1976: „Berufsverbote? Die gibts hier nicht! Oder leben wir denn in einem Polizeistaat?“ (Letzteres war als rhetorische Frage gemeint.) Hier kommt Nichtwissen (oder Nicht-wissen-wollen) eines deutschen Durchschnittsbürgers zum Ausdruck. Wir wollen keine Einzelfälle unnötig verallgemeinern. Dennoch scheint mir diese Äußerung typisch zu sein für die gegenwärtige politische Bewußtseinslage. Die meisten Bürger nehmen den schleichenden Abbau der Menschenrechte wie Max Frisch es nannte nicht zur Kenntnis, obwohl diese Entwicklung unserer freiheitlichen Grundordnung ebenso gefährlich sein kann wie terroristische Gewaltakte. „Berufsverbote“ – das zeigt gerade der historische Rückblick – sind aber Teil staatlicher Repressionen zur Einschränkung der Menschenrechte.

Deshalb wollen wir als Religiöse Sozialisten die Verwirklichung der Menschenrechte in der BRD zum ständigen Thema machen.¹⁴⁾ Der politische Dornröschenschlaf vieler Bundesbürger verlangt eine verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

4.2 Befürworter und Kritiker der „Berufsverbote“ weisen immer wieder auf die „Erfahrungen von Weimar“ hin, ohne in allen Fällen die Einzelerfahrungen in einen historischen Kontext zu stellen. „Weimar“ bedeutet für viele: Ein von Linken geschwächter Staat, der schließlich an seiner inneren Zerrissenheit zugrundegeht. Der bloße Hinweis auf „Weimar“ scheint auszureichen, um Angst vor Extremisten im öffentlichen Dienst zu erzeugen. Erschreckend ist, daß nur wenige historisch Informierte wissen, woran „Weimar“ wirklich scheiterte.

Der politische Unterricht an unseren Schulen vermittelt Kenntnisse über die Weimarer Zeit und den Nationalsozialismus allenfalls fragmentarisch. Historisch nicht hinterfragte Vorurteile könnten leichter abgebaut werden, wenn die Schulen (und die Erwachsenenbildung) historisch-fundiertes und kritisch-reflektiertes Grundlagenwissen vermitteln würden. Denn gerade diese historische Unwissenheit und die politische Naivität vieler Bürger verstärkt die Angst vor aufkommenden innenpolitischen Spannungen und Auseinandersetzungen, wodurch eine rationale Lösung fast unmöglich gemacht wird.

4.3 Angst spielt bei der Berufsverbotsfrage eine erhebliche Rolle. Aufgeschreckt und verunsichert durch wenig wahrheitstreue Nachrichtenübermittlung ruft der Bürger nach mehr Ruhe und Ordnung im Staat. Die politischen Parteien, ihrerseits aufgeschreckt durch eventuell sich ergebende Wahlniederlagen, suchen ihr Heil in der Anwendung obrigkeitlicher Mittel. Um den Bürger vor „Radikalen“ zu schützen, ist man in der Anwendung der Mittel nicht kleinlich, denn die Bürger selbst werden jetzt radikal (Todesstrafe: Jeder zweite ist dafür).¹⁵⁾

Die Bürger beteiligen sich selbst an der Denunzierung von Radikalen und nehmen Widersprüche zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit gern in Kauf um sich von Radikalen zu befreien. Die Gefährlichkeit dieser Gejsteshaltung müßte unseren Politikern zu denken geben. Sie sollten die Lehren aus der Geschichte gezogen haben und zugeben, daß staatliche Repressionen keine dauerhafte Lösung für innenpolitische Konflikte darstellen. Diese Wahrheiten müßten den Bürgern nahegebracht werden. Statt ihnen die Wahrheit zu sagen, beziehen viele Politiker die latente Angst der Bürger vor Radikalen in ihr politisches Kalkül ein, um auf diese Weise eigene Ziele durchzusetzen. Daher meinen wir, daß es für alle verantwortlichen Politiker gleich welcher Partei an der Zeit sei, die Kritik an den „Berufsverboten“ ernst zu nehmen und die Konsequenzen zu ziehen, damit der folgende bittere Spruch nicht wahr wird:

übergesetzlicher notstand¹⁶⁾
die wahrheit über die gewerkschaften
ist gewerkschaftsfeindlich
die wahrheit über die parteien
ist parteischädigend
die wahrheit über den Staat
ist staatsgefährdend

Yaak Karsunke

Anmerkungen:

- 1) Department of Public Information, United Nations, Universal Declaration of Human Rights, 10. Dezember 1948
- 2) Für die Bundesrepublik finden sich diese Rechte im Grundgesetz Artikel 3 Abs. 3 und Artikel 5 Abs. 1
- 3) Spiegelbericht vom 9. Mai 1977
- 4) H. D. Schmid (Hsg.), Fragen an die Geschichte, Frankfurt/M. 1976
- 5) Reinhard Kühnl, Der Deutsche Faschismus in Quellen und Dokumente, Köln 1975
- 6) Ernst Martin, Extremistenbeschuß und demokratische Verfassung, in: Beilage zur Wochenzeitschrift ‚Das Parlament‘ vom 15. Dezember 1973
- 7) Horst Bethge, Erich Roßmann (Hrsg.), Der Kampf gegen das Berufsverbot, Köln 1973
Ministerpräsident Heinz Kühn, Extremisten im öffentlichen Dienst, in: Dokumente und Meinungen, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung NRW, Heft 7/73; Junge Kirche, Heft 11/75
Initiative für den Aufbau des Bundes sozialistischer Lehrer und Erzieher, Heft 4/5 1976
- 8) Rede anläßlich des Frankfurter Parteitag, a.a.O.
- 9) Evangelische Kommentare, Heft 8, 1975
- 10) Evangelische Kommentare, Heft 6, 1976
- 11) Übertragen vom Verfasser
- 12) Interview mit der französischen Zeitschrift ‚L'Humanité‘ vom 25. September 1976; deutsch in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10, 1976
- 13) CAVE, An International Review of Arts and Ideas, Oktober 1976
- 14) Siehe Vorläufige Leitsätze für die Arbeit des Bundes der Religiösen Sozialisten, in: Christ und Sozialist 1/1977, S. 8
- 15) So eine Überschrift im SPIEGEL vom 2. Mai 1977
- 16) Frankfurter Rundschau vom 7. Mai 1977

Günter Ewald

Faust und Traube – zwei deutsche Fälle Über demokratische Rechte und Freiheiten

Schauplatz Kulturzentrum Herne: Am Sonntagnachmittag (3. 7. 1977) treffen rund 200 meist junge Leute aus Frankfurt, Bremen, Köln, Berlin, Bochum und zahlreichen anderen Städten zusammen, sitzen geduldig vier Stunden lang in Arbeitsgruppen und zwei Stunden im Plenum. Anlaß: Die ehemalige „Biermann-Initiative“ hat ihre Ankündigung wahrgemacht und unter dem Stichwort „Für die Verteidigung und Verwirklichung demokratischer Rechte und Freiheiten in Ost und West – in ganz Deutschland“ ihre Aktivität fortgesetzt. Es war von vornherein die Absicht der Initiative gewesen, nicht als „Biermann-fan-club“ nur Wirbel um eine Person zu veranstalten. Der deutsch-deutsche Liedermacher war Ausgangspunkt für eine Kampagne, die Menschenrechte und „Sozialismus von unten“ in beiden Teilen Deutschlands thematisieren will. Das Herner Treffen – ohne Biermann – ist nach kleineren Zusammenkünften ein erster größerer Beitrag zu dieser Kampagne.

Sigmar Faust und Gerald Zschorsch, beides junge Schriftsteller, die jahrelang in DDR-Gefängnissen saßen, diskutierten über „politische Repression in der DDR“; auch Rudi Dutschke und Carla Boulboulé sind dabei. Die heutige Situation wird analysiert, eine Resolution verfaßt und man beschließt, eine Solidaritäts-Delegation zu Robert Havemann zu schicken.

Klaus Traube und Hans-Jürgen Benedikt gehen ein brisantes Thema an: „Durch Atomkraftwerke zum Polizeistaat?“ Es geht um den immensen Sicherungsaufwand, der mit dem Betrieb der Kernkraftwerke, der Wiederaufbereitung, Zwischenlagerung und Endlagerung und mit dem Transport zwischen diesen Stationen verbunden wäre. Der dafür erforderliche Polizeiapparat müßte in erheblichem Umfang ohne richterliche Anweisung handeln und wäre durch die politischen Organe des Staates nicht mehr kontrollierbar; er würde zu einer Bedrohung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Nicht nur die Gefährdung der Umwelt durch atomare Verseuchung, auch die Bedrohung unserer politischen Lebensform muß als fataler Preis eines Ausbaus der Kernenergie gesehen werden. Die Bürgerinitiativen haben Politiker aller Parteien verunsichert und können entscheidendes Korrektiv einer gefährlichen Entwicklung werden. – Ein klares „Nein“ zu Atomkraftwerken und vertiefte Aufklärungsarbeit über technische und technokratische Gefahren werden gefordert.

Die anderen Arbeitsgruppen gehen dieselben Probleme von anderen Seiten an: Der Verfassungsrechtler Hans Peter Schneider gibt eine Expertise über „Verfassungsschutz und Bürgerrechte“. Erich Küchenhoff, juristischer Fachmann in der Frage Berufsverbote, behandelt dieses Thema, das mehr und mehr Bürger unseres Staates beunruhigt. Inwiefern politische und gewerkschaftliche Rechte im Betrieb eingeschränkt werden, darüber weiß Herbert Knapp, Betriebsratsvorsitzender von Mannesmann, etwas zu erzählen. Schließlich trägt die Frage „wie frei sind Rundfunk und Theater?“ dazu bei, daß unsere Demokratie mehr und mehr in einem ungewissen Licht erscheint; über diese Frage wird mit Ulrich Wickert (Monitor) gesprochen. – Am Abend stellt Fritz Vilmar die einzelnen Punkte noch einmal in einen großen Rahmen und spricht über Positionen und Aufgaben des demokratischen Sozialismus in Europa.

An der Idee und der Durchführung dieser Veranstaltung waren einige Religiöse Sozialisten maßgeblich beteiligt. Wir sehen darin ein Stück Konkretion unseres Denkens. Die Abhörskandale in der Bundesrepublik, die in den vergangenen Monaten bekannt wurden, dürfen ebenso wenig unter den Teppich der Vergeßlichkeit gekehrt werden wie das Unrecht um Biermann und Havemann. Natürlich verkennen wir nicht, daß wir in der BRD Rechte und Freiheiten genießen, die im Osten nicht existieren. Aber wir müssen diese Rechte und Freiheiten vor Unterhöhnung schützen, und wir müssen ihre Verletzungen am Anspruch unserer freiheitlichen Grundordnung messen. Unser freiheitlicher Rechtsstaat scheint gegenwärtig stärker durch einen bürokratischen Sicherheitsapparat gefährdet, der immer stärker aufgerüstet und immer schwieriger kontrollierbar wird, als von den wenigen Terroristen, deren Verbrechen dazu benutzt werden, eine Sicherheitshysterie zu erzeugen.

Günter Ewald

Koje im Kirchentag

Geborgenheit im Kirchentag der 70000 in Berlin – dies allein wäre Grund genug, zwischen Stellwänden auf zwanzig Quadratmetern mitten im Gewühl der Massen einen Treffpunkt zu haben, an dem man seine Freunde findet. Aber die Koje, die wir in Berlin auf dem „Markt der Möglichkeiten“ als Bochumer Gruppe des Bundes der Religiösen Sozialisten hatten, diente einem anderen Zweck. Sie sollte ebenso Gelegenheit zur Selbstdarstellung geben wie einen Stein in dem Mosaik derjenigen Aktivitäten darstellen, die mit oder in der Kirche um Verantwortung in einer problemgeladenen Gesellschaft ringen.

Für die vierzehn Mitglieder der Bochumer Gruppe und alle anderen, die sich dazugesellten (so Prof. Johannes Harder) war es ein unerwartet starkes Erlebnis, „auf den Märkten zu predigen“. Da kamen kühle Skeptiker und schauten sich flüchtig um; dort setzten sich Interessierte in die Gesprächsrunde, tranken Tee und plauderten mit oder hörten aufmerksam zu. Da waren die „Materialsammler“, die Schriften und Infos wie Briefmarken sammelten, und dort meldeten sich theologisch Interessierte, die staunten, daß es die Religiösen Sozialisten nicht nur in historischen Abhandlungen gibt. Ein fröhliches – und anstrengendes – Treiben hielt die Mitarbeiter in Atem, forderte zur Stellungnahme heraus, brachte Kontakte und viele, viele Fragen. Bücher und die Zeitschrift „Christ und Sozialist“ fanden regen Zuspruch.

Wie erwartet, lieferten die an die Stellwände gemalten oder mit Styroporbuchstaben angeklebten Parolen immer wieder Anknüpfungspunkte: „Linker Pietismus“, „Sozialismus aus dem Glauben“, „Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie, beides als Konsequenz des Evangeliums“; schließlich ein Blumhardt-Spruch: „Wenn der Sozialismus heute auch das Ziel im Auge hat, daß jedermann gleiches Recht ans Brot bekommt, daß die Eigentumsverhältnisse sich so gestalten müssen, daß nicht das Geld und der Besitz, sondern das Leben der Menschen die höchste Bedeutung bekommt, warum soll das ein verwerfliches Umsturzverlangen sein?“. – Eine häufig gestellte Frage war die nach unserem Verhältnis zu „Christen für den Sozialismus (CfS)“. Die Leitsätze waren hier eine Hilfe; auch wirkte es sich positiv aus, daß wir mit der Nachbarboje von CfS Schriften auf den Büchertisch austauschten und so trotz aller Unterschiede die Verbundenheit betonten.

Unsere Gruppe gehörte zur Kooperation „Frieden, Abrüstung, Versöhnung“, an der sich rund 25 der etwa 280 Marktgruppen beteiligten. Die Kojen dieser Gruppen waren Teil einer „Großkoje“ und bildeten ein erfreuliches Netz von Nachbarschaften, das die Beteiligten vor sektenhafter Isolierung schützte und sich auch konkret auswirkte: Man verfaßte gemeinsam Resolutionen und führte Hallenveranstaltungen durch. Bei diesen zog unsere Kooperation jeweils mehrere tausend Besucher in die Eissporthalle.

Man hat immer wieder gefragt, ob die Vielfalt und die Eigenständigkeit der „Marktgruppen“ nicht eigenen Gesetzen folgt und sich der Gestaltung des Kirchentags durch dessen Präsidium entzieht. Diese Frage ist ernstzunehmen. Aber Berlin '77 hatte den „Markt“ in guter Weise integriert und ist ohne diesen nicht zu denken. Das große Echo auf den Kirchentag ist durch die Marktgruppen nicht nur inhaltlich mit bestimmt, sondern auch personell; waren doch fast 4000 Mitarbeiter dort engagiert.

Daß so viele Aktivitäten sich unter kirchlichem – wenn auch nicht kirchenoffiziell – Dach einfinden, sollte man positiv werten, gerade deshalb, weil sich heutzutage viele der evangelischen Kirche entfremdet haben und besonders junge Menschen empfinden, daß sie dort mit ihren Problemen zu wenig angesprochen werden. Wer am Berliner Kirchentag teilgenommen hat, konnte sich kaum dem Geist dieses Treffens entziehen, gleichgültig, mit welchen Motiven er gekommen war: ein Geist, der verborgen und offen etwas von der Reichsgottesbotschaft ausstrahlte.

Aurel von Jüchen

Brief an Günter Ewald und die Bochumer Gruppe

Liebe Freunde!

Berlin, 28. Juni 1977

Durch den Kirchentag in Berlin wurde ich auf die Aktivität der Bochumer Gruppe aufmerksam und bin aufs höchste erfreut, daß Ihr Euch unter dem Namen „Religiöse Sozialisten“ neu etabliert habt. Es ist mir zumute, wie jemand, der eine Stafette, die er ein ganzes Leben lang getragen hat, glücklich in die Hand eines jungen und ausgeruhten Läufers weitergeben kann.

Ich war einer der Landesleiter der Gruppe der Thüringer Religiösen Sozialisten und habe den Thüringer Landesverband mit aufgebaut unter den Heimarbeitern und Glasbläsern des Thüringer Waldes. Als Religiöser Sozialist wurde ich in die Synode der Thüringer Landeskirche gewählt. Fünf kirchliche Disziplinarverfahren habe ich „glücklich“ überstanden. Ich habe die Nazis bis zur letzten Stunde bekämpft, habe viele illegale Verbindungen geknüpft, habe später bei der Neubildung der Parteien in der

DDR bei der russischen Administratur den Versuch gemacht, die „Religiösen Sozialisten“ als Partei genehmigen zu lassen, bin von den Russen als angeblicher Spion verurteilt worden, habe sechs Jahre in Workuta zugebracht.

Nach meiner Rückkehr im Jahre 1954 habe ich die Meinung vieler Religiöser Sozialisten bekämpft, unsere Arbeit sei damit getan, daß die heutige Kirche den Religiösen Sozialisten Spielraum gäbe, und daß die SPD im Godesberger Programm dem Atheismus als Weltanschauung abgeschworen habe.

In Berlin habe ich an der Gründung von „Kirche in der Verantwortung“ teilgenommen, deren Mitglied ich bin; ich habe vergeblich dafür optiert, dieser Gruppe den Namen „Religiöse Sozialisten“ zu geben. Man meinte, nach fünfzig Jahren könne man einen alten Namen nicht wieder aufleben lassen. Der wahre Grund lag nach meiner Meinung in der Berliner Situation, in den Kämpfen um Bischof Scharf. Bei dem ungeheuren Übergewicht der Springerpresse in Berlin wollte man einen unverfänglichen Namen und einen Namen, der attraktiv auch für Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter war, die nicht Sozialisten waren.

Eure Entscheidung für die Beibehaltung des alten Namens, die sich auszahlen wird, halte ich für eine *gute Entscheidung*:

1. Dieser Name verkörpert eine theologische und kämpferische Tradition, deren Reichtum für die Gegenwart der Verkündigung nutzbar gemacht werden muß, da er sich durch das Zwischenspiel des Nationalsozialismus in der Kirche gar nicht auswirken konnte. Ich denke dabei vor allem an Leonhard Ragaz und Paul Tillich. Aber auch die kämpferische Tradition des „Bundes Religiöser Sozialisten“ ist infolge der Unterdrückung durch den Nationalsozialismus in der Kirche nur zu einer flüchtigen Auswirkung gekommen.

2. Der Name ist durch den Nachholbedarf vieler junger Theologen und historisch interessierter junger Menschen und durch die vielen Schriften, die diesen Nachholbedarf zu decken versuchen, in den letzten Jahren wieder bekannt geworden.

3. Es hat sich herumgesprochen, daß die Religiösen Sozialisten (von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen) gegen den Nationalsozialismus Widerstand geleistet haben – bis hin zur Mitarbeit bei der „Roten Kapelle“ (Ernst von Harnack, Adolf Reichwein, Arthur Rackwitz) oder dem Kreis um den Tillichschüler Graf Yorck von Wartenburg.

4. Der Begriff „Religiöser Sozialismus“ ist in der Lage, sowohl die bekenntnisgebundenen Christen wie die vielen Randsiedler des Glaubens zu umfassen.

5. Da in der anwachsenden Theologie der Spiritualität *Einheit* nicht ein Produkt der „Bekenntnisse der Väter“, der Zugehörigkeit zu einer Denomination, zu einer Tradition, ja nicht einmal der Übereinstimmung in Meinungen und Ansichten, sondern eine Frucht des Heiligen Geistes ist, wäre es unsinnig, diesen Namen gerade jetzt preiszugeben. Die Zahl der „Randsiedler“, die doch im Kontakt gemeinsamer Spiritualität stehen, ist nicht kleiner, sondern größer geworden seit den alten Zeiten des „Bundes Religiöser Sozialisten“.

Was Eure „Vorläufigen Leitsätze“ betrifft, so kann ich mich kurz fassen, indem ich sage, daß ich ihnen vollinhaltlich zustimme. Ich bin darum gerne bereit, in der praktischen Arbeit und an der Zeitschrift „Christ und Sozialist“ mitzuarbeiten.

Mit herzlichen Grüßen
Euer Aurel von Jüchen

Bundesnachrichten

Bericht über die Mitgliederversammlung der „Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus. Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands“ am 18. Juni 1977 in Frankfurt-Fechenheim, Heinrich-Schleich-Haus

Zu der Mitgliederversammlung war vom Geschäftsführenden Präsidenten, Heinrich Schleich, satzungsgemäß unter Vorschlag der folgenden Tagesordnung eingeladen worden: Andacht, Bericht des Geschäftsführenden Präsidenten, Beratung und Beschlußfassung über einen Satzungsentwurf, Ehrung von langjährigen Mitgliedern, Rücktritt und Neuwahl des Präsidiums.

Die Versammlung wird am 18. Juni 1977, 15 Uhr, durch den Geschäftsführenden Präsidenten Heinrich Schleich eröffnet. Er verliest als erstes die Namen derjenigen, die nach langjähriger Mitgliedschaft zu Ehrenmitgliedern des Bundes ernannt werden sollen: Heinz Kappes, Bertil Svensson, Ludwig Metzger, Willi Huth, Karl Delorme, Thassilo Tröscher, Emil Blum, Christine Ragaz, Martha Herpel, Käthe Schenkel, Else Martin, Adriaan van Biemen, James Addams, Hermann Bachmann. Diesem Antrag wird durch Akklamation zugestimmt.

Danach wird aus der Versammlung der Antrag gestellt, für den weiteren Verlauf einen Versammlungsleiter zu wählen; für diese Funktion wird Siegfried Katterle vorgeschlagen. Dieser Antrag wird von der Mehrheit der Anwesenden angenommen.

Sodann wird aus der Versammlung der Antrag gestellt, über Änderungen der vom Geschäftsführenden Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung zu beschließen. Heinrich Schleich wendet dagegen ein, ein solcher Antrag könne nicht gestellt werden, da bereits eine Tagesordnung vorliege. Dem wird entgegengehalten, die Mitgliederversammlung als das oberste Bundesorgan könne über ihre Tagesordnung beschließen; überdies sei der Geschäftsführende Präsident selbst bereits bei Eröffnung der Mitgliederversammlung von der von ihm vorgeschlagenen Tagesordnung abgewichen.

Als neue Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Wahl eines Protokollführers
2. Feststellung der anwesenden Mitglieder und ihrer Stimmberechtigung
3. Bericht des Geschäftsführenden Präsidenten
4. Neuwahl des Präsidiums
5. Eintragung als „e.V.“
6. Neuregelung der Redaktion von „Christ und Sozialist“
7. Verschiedenes

Gemäß einem Antrag aus der Versammlung läßt der Versammlungsleiter über die Aufnahme jedes vorgeschlagenen Tagesordnungspunktes gesondert abstimmen. Die Tagesordnung wird einstimmig wie beantragt festgestellt.

Zu 1.: Als Protokollführer wird Joachim Schütz vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

Zu 2.: Gemäß Anwesenheitsliste befinden sich 41 Personen im Raum, die durch Mitgliedsbuch ausgewiesen sind. Somit sind 41 Personen stimmberechtigt.

Zu 3.: Heinrich Schleich verweigert der Mitgliederversammlung den Geschäftsbericht und teilt auf Befragen durch den Versammlungsleiter mit, daß er die Mitarbeit in dieser Mitgliederversammlung verweigere. Die weiteren Mitglieder des Geschäftsführenden Präsidiums erklären sich auf Befragung durch den Versammlungsleiter wegen mangelnder Vorbereitung außerstande, den Bericht des Geschäftsführenden Präsidiums zu erstatten.

Anschließend erstattet U. Schütz den Kassenbericht für die Zeit vom 1. Januar 1976 bis 25. Februar 1977. Der Kassenprüfer K. Herzog teilt mit, daß er die Kasse nur bis zum 31. Dezember 1975 habe überprüfen können.

Auf Antrag aus der Versammlung wird das Präsidium unter Vorbehalt bis zum 25. Februar 1977 entlastet. K. Herzog wird als Kassenprüfer einstimmig bestätigt und beauftragt, der nächsten Mitgliederversammlung den Prüfungsbericht bis zum 18. Juni 1977 vorzulegen.

Zu 4.: Es wird festgestellt, daß nach der Satzung die Amtszeit des Präsidiums abgelaufen ist. Die Neuwahlen werden gemäß einem Antrag aus der Versammlung durch schriftliche Abstimmung vorgenommen. Als Wahlvorstand werden von der Versammlung Else Martin und Joachim Schütz bestellt. Die Neuwahlen bringen folgendes Ergebnis:

Geschäftsführender Präsident	Günter Ewald
Stellvertretender Präsident	Heinrich Knetsch
Bundessekretär	Jürgen Finner
Stellv. Bundessekretärin	Else Martin
Bundeskassenführer	Siegfried Katterle
Stellv. Bundeskassenführer	Georg Humbert
Beisitzerin	Christel Beilmann
Beisitzer	Joachim Schütz

Aus der Versammlung wird dem bisherigen Geschäftsführenden Präsidenten Heinrich Schleich für seine Arbeit gedankt und der Antrag gestellt, Heinrich Schleich zum Ehrenpräsidenten zu wählen. Heinrich Schleich erklärt, er sei nicht bereit, dieses Angebot anzunehmen.

Zu 5.: Es wird mitgeteilt, daß der Bund mit Wirkung vom 1. März 1974 aus dem Vereinsregister des Amtsgerichts Frankfurt gelöscht wurde. Aus der Versammlung wird festgestellt, daß neu hinzugekommene Mitglieder der Meinung gewesen seien, in einen „e. V.“ einzutreten, wie dies auch in den Mitgliedsbüchern und in den Heften von „Christ und Sozialist“ ausgewiesen werde.

Es wird beantragt: Für den Fall, daß eine Wiedereintragung als „e. V.“ eine Gründungsversammlung voraussetzt, möge sich diese Mitgliederversammlung vorsorglich als Gründungsversammlung im Sinne des Vereinsrechts verstehen; der Bund solle mit der bisherigen Bundessatzung und mit dem Sitz Frankfurt in das Vereinsregister des Amtsgerichts Frankfurt eingetragen werden. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu 6.: Als Verleger der im Auftrag des Bundes erscheinenden Zeitschrift „Christ und Sozialist“ erklärt Heinrich Schleich, er werde keine Aufträge von dem neu gewählten Präsidium annehmen. Er sehe sich verpflichtet, die Hefte des laufenden Jahrgangs noch zu verlegen, werde dies aber nur tun, wenn er in die Redaktion der Zeitschrift aufgenommen werde.

Daraufhin beschließt die Versammlung: Heinrich Schleich wird mit der Verlegerstätigkeit für die noch ausstehenden Hefte des laufenden Jahrgangs beauftragt. Er wird für diese Zeit in die Redaktion der Zeitschrift aufgenommen. Die Redaktion besteht im übrigen aus den im Impressum von Heft 1/1977 genannten Personen. Zum verantwortlichen Redakteur wird Siegfried Katterle bestellt.

Das Präsidium wird einstimmig beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die im Auftrag des Bundes erscheinende Zeitschrift „Christ und Sozialist“ über das Jahr 1977 hinaus weitergeführt wird.

Zu 7.: H. Knetsch schlägt vor, die Möglichkeit der Briefwahl in die Satzung aufzunehmen. Dies wird als Vorschlag für eine Satzungsdiskussion auf einer späteren Mitgliederversammlung aufgenommen.

K. Herzog erinnert daran, daß er bis zum 18. Juni 1977 als Kassenprüfer bestellt worden sei; er sei nicht in der Lage, diese Funktion über diesen Zeitpunkt hinaus wahrzunehmen. Die Versammlung bestellt daraufhin P. Massalsky für die Zeit nach dem 18. Juni 1977 als Kassenprüfer.

Der Versammlungsleiter schließt die Mitgliederversammlung um 17.15 Uhr.

Nachtrag

Nach der Mitgliederversammlung am 18. Juni 1977 hat Heinrich Schleich zusammen mit Angestellten des Heinrich-Schleich-Hauses einen Verein „Christ und Sozialist – Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands“ gegründet und zur Eintragung beim Amtsgericht Frankfurt angemeldet. Das Geschäftsführende Präsidium hat Heinrich Schleich aufgefordert, von diesem Versuch zur Spaltung des Bundes Abstand zu nehmen und ihm Gelegenheit zur persönlichen Äußerung gemäß § 4 der Bundessatzung eingeräumt. Heinrich Schleich hat diese Gelegenheit nicht wahrgenommen. Das Geschäftsführende Präsidium hat daraufhin Heinrich Schleich von der Mitarbeit in der Redaktion der Zeitschrift „Christ und Sozialist“ ausgeschlossen und den ihm erteilten Auftrag, die Zeitschrift bis zum Ende des Jahres 1977 zu verlegen, mit sofortiger Wirkung gekündigt.

Tagung in Bergisch-Gladbach

Die „Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus, Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands“ veranstaltet vom 3. bis 7. Oktober 1977 im Gustav-Stresemann-Institut, Europäische Akademie Haus Lerbach in Bergisch-Gladbach eine Tagung über „Die Botschaft vom Reich Gottes als Herausforderung an die gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik“. Die Tagung wird geleitet von Jürgen Büssow, MdL, Studienleiter in Haus Lerbach, und Prof. Dr. Günter Ewald. Das Programm der Tagung umfaßt Referate, Gruppenarbeit, Meditationen und Fêten. Als Referenten werden mitwirken Dr. Rudi Dutschke, Aarhus, Prof. Dr. Berthold Klappert, Wuppertal, Prof. Dr. Markus Mattmüller, Basel.

Adressen der Autoren und der Redakteure

Prof. Dr. Günter Ewald, Aeskulapweg 18, 4630 Bochum
Pfarrer Jürgen Finner, Jakob-Kaiser-Str. 4a, 4800 Bielefeld 1
Gerrit Funke, Gironde 78, 4630 Bochum
Pfarrer Dr. Reinhard Gaede, Laarerstr. 297, 4900 Herford
Studienrat Walter Grudszus, Tremsenweg 2, 4440 Rheine
Pfarrer Dr. Fritz Hufendiek, Schelpsheide 55a, 4800 Bielefeld 1
Prof. Dr. Siegfried Katterle, Eisenstr. 6, 4800 Bielefeld 14
Dr. Günter Küppers, Sparrenstr. 7, 4800 Bielefeld 1
Pfarrer i. R. Aurel von Jüchen, Andréezeile 31E, 1000 Berlin 37
Prof. Dr. Heinz Röhr, Winterbachstr. 30, 6000 Frankfurt/M.
Bruno Schmidt, Dellenstr. 3, 4630 Bochum

